

Stenographischer Bericht

Sondersitzung (51.) des Steiermärkischen Landtages

XI. Gesetzgebungsperiode – 1. Juli 1991

Sondersitzung des Steiermärkischen Landtages aus Anlaß der Jugoslawien-Krise

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt: Abg. Göber, Abg. Kammlander, Abg. Kanape und Abg. Pinegger.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die aktuelle Situation im Zusammenhang mit Slowenien.

Begründung der dringlichen Anfrage: Präsident Wegart (4427).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Dr. Krainer (4427).

Redner: Abg. Trampusch (4432), Abg. Mag. Rader (4435), Abg. Dr. Hirschmann (4436), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (4438), Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Schachner-Blazizek (4440), Abg. Dr. Maitz (4442).

Beschlußfassung (4443).

Beginn der Sondersitzung: 10.10 Uhr.

Präsident Wegart: Hohes Haus!

Heute findet eine Sondersitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XI. Gesetzgebungsperiode statt.

Gemäß Paragraph 13 Absatz 2 des Landesverfassungsgesetzes 1960 ist der Präsident des Landtages ermächtigt, den Landtag auch zu außerordentlichen Tagungen einzuberufen. Von dieser Möglichkeit habe ich Gebrauch gemacht.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Frau Abgeordnete Emmy Göber, der Herr Abgeordnete Adolf Pinegger, die Frau Abgeordnete Barbara Kanape und die Frau Abgeordnete Gundi Kammlander.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Tagesordnung im Zuge der Behandlung der eingebrachten dringlichen Anfrage von Abgeordneten der ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer im Sinne der Bestimmungen der Geschäftsordnung zu behandeln.

Besteht dagegen ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Eingebracht wurde die dringliche Anfrage nach Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die aktuelle Situation im Zusammenhang mit Slowenien.

Der in den frühen Morgenstunden des 27. Juni gestartete Versuch des serbischen Panzerkommunismus, die unteilbaren Werte der Demokratie Menschenrechte und Selbstbestimmung blutig niederzuwalzen, hat eine ernste Situation an unserer Südgrenze und Empörung und Bestürzung in der gesamten demokratischen Welt hervorgerufen. Diese brutale, durch nichts zu rechtfertigende Aggression hat aber auch die Sorge um die Sicherheit in unserem Lande verstärkt.

Angesichts des Ernstes und der Dramatik in unserer unmittelbaren Nachbarschaft stellen daher die gefertigten Abgeordneten an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, die dringliche Anfrage:

Wie schätzen Sie die aktuelle Lage und die künftigen Entwicklungen ein, insbesondere im Hinblick a) auf die Sicherheit der steirischen Bevölkerung; b) auf die steirischen, österreichischen und internationalen Initiativen, um dem serbischen Panzerkommunismus Einhalt zu gebieten und eine friedliche und demokratische Entwicklung zu erwirken?

Die gefertigten Abgeordneten stellen gleichzeitig nach Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages den Antrag, über dieses Thema eine Wechselrede durchzuführen. Danach die Unterschriften.

Nun erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage.

Landeshauptmann Dr. Krainer (10.15 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren des Landtages!

Zunächst möchte ich meinen Respekt dafür zum Ausdruck bringen, daß sich die politischen Kräfte dieses Landes, repräsentiert durch die Landtagsklubs, angesichts der ernsten Situation bei unseren südlichen Nachbarn für die Einberufung dieses Sonderlandtages ausgesprochen haben und daß der Herr Landtagspräsident in kürzestmöglicher Frist eingeladen hat.

Ich halte diese gemeinsame Manifestation für außerordentlich wichtig, denn die Fragen der Sicherheit unserer Landsleute einerseits und die demonstrative Solidarität aller demokratischen Kräfte unserer Steiermark mit den slowenischen und kroatischen Demokraten andererseits sind bei aller Unterschiedlichkeit der Standpunkte Positionen steirischer Anliegen. In diesem Sinne begrüße ich auch die Erklärungen des Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreters vom vergangenen Freitag und im Zusammenhang mit dem Weg Sloweniens und Kroatiens auch jene von Repräsentanten der FPÖ und der Grünen auf Bundes- und Landesebene.

Der Steiermärkische Landtag hat sich heuer bereits mehrfach in Debatten und dringlichen Anfragen mit

den Fragen der Sicherheit in unserem Lande im Zusammenhang mit den besorgniserregenden Vorgängen an unseren Grenzen befaßt. Zu Recht, wie man sieht. Der Landeskoordinationsausschuß hat seit zwei Jahren Vorbereitungen für eine allfällige Krisensituation bei unserem südlichen Nachbarn getroffen. In aller Stille, ohne das an die große Glocke zu hängen.

Diesem Team gehören neben dem Landeshauptmann, seinem ersten Stellvertreter und Frau Landesrat Klasnic die zuständigen Stellen der Landesregierung mit Hofrat Dr. Ortner als Geschäftsführer an der Spitze mit den Vertretern der Sicherheitsbehörden, also des Sicherheitsdirektors, des Bundesheeres, dem Militärkommandanten der Steiermark, der Zollwache sowie der großen Einsatzorganisationen an.

Es wurden für all jene Fälle, wie sie nunmehr bedauerlicherweise eingetreten sind, die entsprechenden Einsatzpläne erstellt und laufend auf den neuesten Stand gebracht.

Das Sicherheitsbedürfnis der Grenzlandbevölkerung steht im Vordergrund dieser Initiativen und Vorkehrungen.

Seit Monaten hat der Landeskoordinations-Ausschuß die Lage aufmerksam beobachtet und die erforderlichen Maßnahmen getroffen. In drei Arbeitsgruppen zu den Themen „Sicherheitswesen“, „Verkehrs-, Transport- und Nachrichtenwesen“, „Flüchtlingswesen und Versorgung“ wurden die Einsatzpläne der Bundes- und Landesbehörden sowie der Einsatzorganisationen laufend auf den neuesten Stand gebracht.

Um das Funktionieren der erstellten Pläne zu überprüfen, fand schon im vorigen Jahr, und zwar am 6. und 7. Juli 1990, ohne Bekanntgabe an die Öffentlichkeit ein Planspiel des Landeskoordinations-Ausschusses, der seinen Sitz in der Landesfeuerwehrschule in Lebring hatte, zusammen mit den Bezirkskoordinations-Ausschüssen der Grenzbezirke Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg und Feldbach statt.

Diese Maßnahmen haben sich sehr bewährt, wie sich in einer sehr kritischen Manöverkritik zeigt.

Das zeigt auch eine Chronologie der Ereignisse seit dem Beginn des Versuches des serbischen Panzerkommunismus in den frühen Morgenstunden des Donnerstags, 27. Juni 1991, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Selbstbestimmung in Slowenien aggressiv, brutal und blutig niederzuwalzen.

Bereits um 5.30 Uhr des Donnerstags hat die Präsidialabteilung der Landesregierung, also der Herr Hofrat Dr. Ortner, die ersten Kontakte mit den anderen Verantwortlichen für die Sicherheit des Landes aufgenommen. Seither sind der Koordinations-Ausschuß und das Krisenmanagement eigentlich rund um die Uhr bemüht, auf die neuesten Entwicklungen zu reagieren. Ich möchte den hier anwesenden Herren des Landeskoordinations-Ausschusses ein öffentlich ausgesprochenes Wort des Dankes und der Anerkennung sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Nachdem bereits in den Vormittagsstunden Alarmwarnung der Gendarmerie gegeben wurde, ist um 17.45 Uhr des 27. Juni die Alarmstufe I des erstellten und in den letzten Tagen bestens bewährten Alarmplanes Süd der Bundesgendarmerie ausgelöst worden. Zirka 300 Gendarmeriebeamte aus der ganzen Steiermark haben sich zur Verstärkung der Gendarmerie-

posten ins Grenzland begeben – um 0.30 Uhr trafen die letzten aus dem Bereich Bad Aussee ein. Wir konnten uns vergewissern, daß auch die Menschen an der Grenze das mit großer Freude registriert haben.

Der Einsatzplan unserer Zollwache wurde ebenfalls ausgelöst und hat auch bestens funktioniert.

In meinem Auftrag wurde am Donnerstag die Bundesregierung ersucht, Bundesheerkräfte bereitzustellen, die über das dahin geplante Ausmaß eines Assiszenzbataillons hinausgehen.

Ich habe in mehrfachen persönlichen Gesprächen mit dem Verteidigungsminister Fasslabend vereinbart, daß es zu einer demonstrativen Präsenz des Österreichischen Bundesheeres, insbesondere auch mit Panzern, an der Grenze kam und damit dem existentiellen Sicherheitsbedürfnis der Grenzbevölkerung entsprochen wurde. Sie haben sicherlich selber alle auch Nachrichten darüber bekommen, vor allem die Abgeordneten aus diesen Bezirken, daß ohne falsche Hysterie aber eine echte Beunruhigung in der Grenzbevölkerung spürbar war und sie allergrößten Wert darauf gelegt hat – auch ganz spontan mit Anrufen etwa an die Kaserne in Straß, wie mir der dortige Kasernkommandant Oberstleutnant Puntigam berichtet hat –, daß das Heer auch ausrücke, daß man es auch sehen kann.

Und ich spreche in diesem Zusammenhang auch die Hoffnung aus, daß es angesichts der dramatischen Ereignisse im Interesse des Schutzes der Grenzbevölkerung zu der auch vom Landtag immer wieder geforderten markanten Personalaufstockung bei der Zollwache und bei der Gendarmerie kommt. Erste Gespräche, auch mit dem Herrn Innenminister, sind aufgenommen worden; im übrigen durchaus auch mit Aussicht auf Erfolg, wie es den Anschein hat.

Zur Planung der Markierung an der Staatsgrenze ist folgendes zu berichten: Nach der Anordnung der Grenzmarkierung am Nachmittag des 28. Juni, also einen Tag darauf, wurden rund 300 Pfähle mit rotweißbroten Fahnen in die Nähe der Grenze gebracht. Die Markierung der Staatsgrenze mit den auf Sichtweite gesetzten Stangen ist am 29. Juni, also wieder einen Tag später, weitgehend abgeschlossen worden. An einigen Stellen konnte wegen gefährlicher Situationen die Markierung allerdings nicht vorgenommen werden. Wer an der Grenze war, hat auch diese Markierungen gesehen; auch an den Grenzübertreitstellen sind sie dann noch zuletzt erfolgt.

In den letzten drei Tagen habe ich auch alle wichtigen steirischen und zur Grenze an Slowenien liegenden Übergänge von Sigheldorf über Bad Radkersburg, Mureck, Spielfeld, wo ich auch mehrfach war, sowie Langegg und Radpaß aufgesucht, und es ist auch ein Großteil der dort lebenden Abgeordneten an der Grenze gewesen. Ich habe mich auch mit dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter in Spielfeld zweimal getroffen, damit wir uns an Ort und Stelle ein Bild von der Situation machen konnten. Und es war gestern am Abend erstaunlich, daß drei Grenzübergänge offengeblieben waren, nämlich Langegg überhaupt durchgehend – von einigen Stunden abgesehen –, daß auch Mureck wieder geöffnet wurde und Sigheldorf, während also der Radpaß und Spielfeld und Bad Radkersburg bis zuletzt geschlossen blieben

– eine Reaktion auch auf die Situation auf der anderen Seite der Grenze, die sehr unterschiedlich war. Die Territorialverteidigung hat in einigen Fällen die Grenze ja weiterhin besetzt gehalten, und in einigen Grenzorten ist die Armee vorgerückt, wie Ihnen bekannt ist.

Darüber hinaus stehe ich in diesen Tagen nicht nur mit den Mitgliedern des Landeskoordinations-Ausschusses in ständigem Kontakt, sondern auch mit den örtlichen Verantwortlichen an der Grenze. Wir haben auch mit den Vertretern der Bundesregierung, mit dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Vizekanzler, den Ministern Mock, Fasslabend und Busek, vor allem aber auch mit slowenischen Stellen und in Sonderheit mit Ministerpräsident Peterle Gespräche geführt – auch vor einer Stunde neuerdings mit dem Ministerpräsidenten Peterle nach seiner gestrigen sechsstündigen Verhandlungsrunde mit Marković und den beiden Generälen aus Belgrad.

Er hat mich auch umgehend in der vorvergangenen Nacht darüber informiert, daß im Zuge der Aggression die Gefahr eines Angriffes auf das Atomkraftwerk Krško nicht ausgeschlossen werden könnte.

Wir haben daher unsere Dienststellen sofort alarmiert und auch die Bevölkerung über Rundfunk informiert und instruiert und noch einmal im Landeskoordinations-Ausschuß in Anwesenheit auch unserer Strahlenexperten, des Professors Breitenhuber und des Oberbaurates Fink, dieses Thema besprochen.

Im Bereich der Steiermärkischen Krankenanstaltenes. m. b. H. wurden auf Grund der Ereignisse die Landeskrankenhäuser Radkersburg, Wagner und Deutschlandsberg sofort angewiesen, die erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen für die Aufnahme von allfälligen Verwundeten zu treffen. Auch im LKH Graz wurden entsprechende Verfügungen getroffen, unter anderem standen vier mobile Operationsteams bereit. Am Sonntagnachmittag – also gestern – konnte vom LKH Graz mit der Abfertigung eines umfangreichen Medikamentenpaketes einem Ersuchen der slowenischen Regierung und des Roten Kreuzes in Laibach und in Marburg sofort entsprochen werden. Hat auch bestens funktioniert.

Auch das steirische Rote Kreuz hat dieser Situation entsprechend eine Reihe von zusätzlichen Krankenzugwagen in unmittelbarer Grenznähe gebracht und erhöhte Alarmbereitschaft für alle Dienststellen angeordnet.

Selbstverständlich sind auch alle zuständigen Dienststellen des Amtes der Landesregierung im Bereitschaftsdienst gewesen.

Zur Information der steirischen Bevölkerung stand im übrigen für alle Fragen die Landeswarnzentrale Steiermark unter der Telefonnummer (0316) 877 Klappe 77 rund um die Uhr zur Verfügung und ist auch umfangreich in Anspruch genommen worden.

Insgesamt können wir feststellen und unseren Landsleuten von dieser Stelle aus auch reinen Gewissens und aus Überzeugung sagen: Wir haben alle notwendigen Vorkehrungen rechtzeitig getroffen, und die getroffenen Maßnahmen haben sich erfreulicherweise auch bewährt.

Es besteht erst recht heute daher kein Grund zur Panik, aber es besteht durchaus auch heute noch Anlaß

zu Wachsamkeit und besonderem Verantwortungsbewußtsein. Ich werde zum Abschluß darauf noch kurz eingehen.

Darum bemühen wir uns auch nach besten Kräften.

Ich möchte in dieser Stunde allen Landsleuten für ihre Besonnenheit, aber auch für ihre Hilfsbereitschaft, für ihre Solidarität und die Anteilnahme für unsere Nachbarn danken und sie herzlich bitten, auch weiterhin gemeinsam mit uns diese verpflichtende und ermutigende Haltung einzunehmen. Sie wissen selber alle, die Sie an der Grenze waren – wir haben es ungezählte Male von slowenischer Seite gehört, von offizieller, sprich auch von den Milizionären, die mit uns gesprochen haben, aber auch von inoffizieller Seite –, wörtliches Zitat etwa: „Wir hätten nie geglaubt, daß Ihr uns so helfen würdet.“ Und das war primär eine moralische Hilfestellung, die wir ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht haben.

Mit diesem Appell zu einer weiteren Haltung der Solidarität komme ich zum zweiten Teil der Anfragebeantwortung, nämlich zur Beurteilung der steirischen, österreichischen und internationalen politischen Aktivitäten.

Meine Damen und Herren, das inzwischen ja schon fast zu einem alten Begriff gewordene „Wunderjahr 1989“ hat ja, wie wir alle wissen, auch zu einem enormen demokratischen Aufbruch in den einzelnen Republiken der jugoslawischen Föderation geführt.

Vor allem in Slowenien und in Kroatien, aber auch in Bosnien-Herzegowina und in Mazedonien gingen aus den durchgeführten freien Wahlen demokratisch und westlich orientierte Kräfte als eindeutige Sieger hervor. Sie tragen daher eine vom Volk legitimierte Regierungsverantwortung.

Vor allem in Slowenien und in Kroatien verfolgt man einen politischen Kurs, der Demokratie, Menschenrechte, Marktwirtschaft, Selbstbestimmung und die Heimkehr nach Europa ausdrücklich zum Ziel hat.

Beide Länder waren ja, wie alle hier Anwesenden wissen, bis 1918 echte mitteleuropäische Kernländer mit bedeutenden nationalen und kulturellen Traditionen. Und ich möchte Ihnen kurz in einem Sidestep berichten: Als der Minister Sućak aus Kroatien bei mir eine Pressekonferenz mit dem früheren Governor von Minnesota Prpić vorige Woche gegeben hat, ist er von einer französischen Journalistin gefragt worden – der Immigrationsminister Kroatiens –, ob es stimme, daß die Kroaten auch „Gras essen würden“, wenn es hart auf hart ginge, wie Präsident Tudjman gesagt habe. Daraufhin hat der Minister Sućak ganz im Understatement gesagt: „Wir werden auch bereit sein zu sterben, und daß wir ‚Gras fressen‘ werden, hat im übrigen der Herr Milošević gesagt, und nicht der Herr Präsident Tudjman, und scheinbar ist auch in Europa nicht allen bekannt, daß Kroatien seit 1300 Jahren einen Teil der europäisch-abendländischen Kultur repräsentiert.“

Auf Grund ihrer jahrhundertelangen Erfahrung als Grenzland und Residenz der ehemaligen Habsburgischen Ländergruppe Innerösterreich am Schnittpunkt der drei großen europäischen Kulturkreise – des deutschen, des romanischen und des slawischen – hat die Steiermark stets auch ausgeprägte internationale Verantwortung wahrgenommen.

Dabei war das Zusammenleben der Völker in diesem europäischen Mikrokosmos immer nur dann fruchtbar, wenn es Frieden in diesem historischen Raum gab.

In der von der Steiermark vor mehr als zwölf Jahren mitbegründeten Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, in der wir als erste den Vorsitz innegehabt haben, konnten viele Entwicklungen vorweggenommen und vorbereitet werden, die gesamteuropäisch erst durch das „Wunderjahr 1989“ möglich wurden – von der Ost-West-Zusammenarbeit über Systemgrenzen hinweg bis hin zur europäischen Regionalismusee. Denn als das gegründet wurde, gab es selbstverständlich die NATO, gab es selbstverständlich den Warschauer Pakt, gab es selbstverständlich den RGW, gab es selbstverständlich bereits die EG und haben sowohl Regionen aus der EG, wie etwa die Norditaliener und die Bayern, oder auch Regionen aus dem RGW und dem Warschauer Pakt, wie die Westkomitate Ungarns, ebenso mitgewirkt wie neutrale Bundesländer Österreichs und die blockfreien Republiken Slowenien und Kroatien. Gerade ein „Europa der Regionen“, in dem bisherige Staatsgrenzen ihre Bedeutung sicherlich verlieren, was ja eines der Hauptziele ist, könnte die Chance bieten, durch die interregionale Zusammenarbeit Konflikte zu entschärfen und positive Entwicklungen zu fördern. Ich bekenne auch heute hier, wir haben den Weg Sloweniens und Kroatiens, mit deren demokratischer Führung uns ein herzlicher und freundschaftlicher Kontakt verbindet, von Anfang an mit großer Sympathie und Solidarität verfolgt.

Dabei haben wir stets das Prinzip der Nichteinmischung beachtet.

Allerdings haben wir die legitimen Anliegen und Rechte der Slowenen und Kroaten zu respektieren: In beiden Ländern sprach sich die Bevölkerung in Volksabstimmungen mit überwältigender Mehrheit von jeweils rund 90 Prozent für die Unabhängigkeit ihrer Republiken aus.

Das Recht auf Selbstbestimmung und Abspaltung ist übrigens im Punkt 1 der Allgemeinen Bestimmungen der Verfassung der jugoslawischen Föderation verankert.

Die bewegende Unabhängigkeitsfeier am Abend des 26. Juni in Laibach, bei der ich gemeinsam mit den Landeshauptmännern von Kärnten, Oberösterreich und Wien eine parteiübergreifende österreichische Solidarität bekunden konnte, unter großem Beifall der dort anwesenden 40.000 Menschen auf dem Platz vor dem Parlament, war die logische Konsequenz dieses Weges. Die Besserwisserei in Europa und in der EG und zum Teil auch in Amerika – in einem Amerika, in dem ein Präsident Wilson im übrigen mit seinen 14 Punkten den Prinzipien der Selbstbestimmung, ich weiß nicht welche großartigen ethischen Normen in der Politik das Wort geredet hat, steht in eklatantem Widerspruch zum Verhalten der US-Regierung in den letzten Wochen. Ich sage das bitte als ein Freund Amerikas, der eine starke innere Bindung auch an dieses Land hat.

Wir haben auf Grund der guten Nachbarschaft und unserer speziellen Erfahrungen als Steirer und Österreicher die moralische Verpflichtung, ohne falsche Aufdringlichkeit Dolmetsch und Anwalt der mutigen slowenischen und kroatischen Demokraten auch bei den EG und USA zu sein.

Gewisse Kreise haben die Wahl des Demokraten im jugoslawischen Staatspräsidium Stipe Mesic zum Staatspräsidenten verhindert und damit eine gefährliche Eskalation provoziert.

Deshalb wurde auf bayrisch-Steirische Initiative auch am 7. und 8. Mai 1991 bei der Konferenz „Europa der Regionen“ in Linz, bei der 44 europäische Regionen aus elf Staaten vertreten waren, ein einstimmiger Beschluß im Zusammenhang mit der jugoslawischen Entwicklung gefaßt.

Wörtlich lautet die Kernaussage dieses Linzer Beschlusses:

„Die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Eigenständigkeit der Regionen im Hinblick auf ihre künftige Rolle im Rahmen der europäischen Staatengemeinschaft ist eine wesentliche Aufgabe dieser Konferenz.“

Sie appelliert daher an alle Beteiligten, diese Grundsätze zu achten und die Eigenständigkeit jugoslawischer Republiken nicht zu gefährden.“

Hätte die EG und hätten die Amerikaner spätestens zu diesem Zeitpunkt eine ähnliche Position vertreten, ich weiß nicht, ob es dann zu den Ereignissen gekommen wäre, die sich am 26. Juni dann tatsächlich ereignet haben. In diesem Sinne habe ich noch ein Schäufelr – auf gut Steirisch – nachgelegt und in den letzten Wochen vor der Unabhängigkeitserklärung auch eine Reihe von führenden europäischen Persönlichkeiten bei ihren Steiermark- und Österreichbesuchen um ihre Unterstützung gebeten.

Unter anderem EG-Präsident Jacques Santer, der ein alter Freund der Steiermark ist und schon 1965 unser Gast war, EG-Regionalkommissar Burce Millan, der einen Vortrag in Graz hielt, den Präsidenten der Pan-Europa-Union und Europaparlamentarier Dr. Otto von Habsburg, der auch in Graz gesprochen hat, und den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, den deutschen Altbundeskanzler Willy Brandt.

Zwei Tage vor der slowenischen Unabhängigkeitserklärung habe ich den derzeitigen deutschen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in Bonn aufgesucht, um ihn neben seiner Unterstützung für österreichische EG- und Transitbelange insbesondere auch um seine Hilfe für unsere Nachbarn zu ersuchen.

Sowohl der Sozialdemokrat und Altbundeskanzler Brandt als auch der Christdemokrat und amtierende Bundeskanzler Dr. Kohl haben in besonderer und sehr persönlicher Weise ihr Verständnis zum Ausdruck gebracht, und es ist wohl auch auf die deutsche Haltung zurückzuführen, daß nach der brutalen Aggression der serbischen Kommunisten die Dramatik und Explosivität der Lage in den Staatskanzleien der EG und USA etwas bewußter und klarer geworden ist als vorher.

Ich habe am Wochenende mit Teilnehmern am EG-Gipfel in Luxemburg telefoniert und auch persönliche Verbindung mit den österreichischen Botschaftern in Washington und Luxemburg, Fritz Hoess und Klaus Ziegler, aufgenommen, damit sie unsere nachbarliche Beurteilung der Lage direkt an die Verantwortlichen in der US-Administration und im Kongreß beziehungsweise an den Luxemburger EG-Ratsvorsitz weitergeben. Die Slowenen haben uns permanent über den jeweiligen Stand der Lage informiert, und es ist gerade

der nächtliche Anruf des Ministerpräsidenten Lojze Peterle von Samstag auf Sonntag besonders bewegend gewesen, weil man zu dieser Stunde einen Luftangriff auf Laibach befürchtet hat. Sie haben uns händeringend gebeten, auch sozusagen unseren europäischen Nachbarn weiterzusagen, wie dramatisch die Situation bei ihnen ist.

Ich habe auch laufend mit dem Außenminister Kontakt gehalten und habe schon früher ausgeführt, auch den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Vizekanzler kontaktiert.

Nunmehr geht es darum, daß die Deklarationen der UNO-Charta, der Menschenrechtskonvention, der Pariser KSZE-Charta für ein neues Europa – und erfreulicherweise findet heute die erste Sitzung in Wien statt; Österreich ist da wirklich ein Eisbrecher und geht da sozusagen voran, auch in diesen KSZE-Bemühungen –, gerade bitte in dieser KSZE-Charta – großartig verkündet in Paris; Sie erinnern sich –, in der es heißt: „Ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ sei angebrochen – das klingt alles relativ schal angesichts dann solcher Realitäten –, nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben – so wichtig auch solche sind –, sondern daß sie tatsächlich auch realisiert werden.

Und es geht auch darum, daß Europa auf der Basis der Selbstbestimmung seine Verantwortung für eine friedliche und demokratische Entwicklung im Südosten unseres Kontinentes wahrnimmt.

Denn es geht keineswegs – meiner Meinung nach – um völkerrechtliche Haarspaltereien, sondern um wirksame internationale Solidarität, und zwar sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Natur.

Und in der Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur im allgemeinen und in der zwischen dem serbischen Kommunismus und der slowenisch-kroatischen Demokratie kann es keine Äquidistanz geben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das möchte ich auch mit aller Deutlichkeit sagen. Denn das wird ja manchmal übersehen in dieser Debatte, die da geführt wird, und in der Beurteilung der Situation, daß es sich um zwei grundsätzlich unterschiedliche Systeme handelt – im einen und im anderen Fall. Unser Platz kann überhaupt nur auf seiten der Demokratie und der Demokraten sein – auch bei aller Respektierung und Einhaltung natürlich des Prinzips der Nichteinmischung. Aber ich sage Ihnen auch, daß ich mich für jene Leute persönlich geniere, die in der Situation nicht einmal den Mut haben, sich zu einer anständigen Position zu bekennen, zu einer aufrechten, gerade auch diesen demokratischen Völkern gegenüber.

Und in der Frage des Engagements für eine friedliche Entwicklung bei unseren Nachbarn, sage ich, ist das auch eine Frage des Engagements für unsere eigene Sicherheit. Denn unser Engagement für eine gesamteuropäische und amerikanische Solidarität ist ja auch ein Engagement in unserem eigenen Interesse, denn nur so können Wirtschaft und Demokratie bei unseren Nachbarn im Süden stabilisiert werden – schlimm genug die Situation, erst recht wieder durch diese kriegerischen Auseinandersetzungen. Wer wird denn zum Beispiel unter solchen Auspizien den sonst gerne gewählten Aufenthaltsort etwa an der dalmatini-

schen Küste aufsuchen, wenn man sich die letzten Tage wieder angesehen hat? Schließlich erhalten die Menschen durch eine entsprechende Stabilität auch dort lohnende Zukunftsperspektiven, bleiben im Lande, laufen nicht davon und vermeiden auf diese Weise schwere soziale Verwerfungen und vermeiden auch unkontrollierte Flüchtlingsströme, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das, was ich auch in Rumänien bei meinem Besuch den Leuten dort selber gesagt habe: Wir alle sind daran interessiert, daß ihr Land sich entwickelt, daß sie in ihrem Land bleiben können und daß auf diese Weise die Stabilität in Europa auch gesichert wird. Und das ist auch unser Anliegen vis-à-vis den Slowenen und den Kroaten und den jugoslawischen Völkern insgesamt, obwohl die Situation dort eine andere ist, weil sich ja auch in den letzten Tagen gezeigt hat, daß sie daheim bleiben wollen – zum Unterschied von anderen südosteuropäischen Völkern. Die wollen ja daheim bleiben, und das ist uns auch immer wieder gesagt worden: „Nur im schlimmsten Fall würden wir sozusagen die Flucht ergreifen.“ Die meisten haben sogar ausdrücklich gesagt: „Wir sind bereit, wieder in den Wald zu gehen, wenn es notwendig ist!“ Und das, was etwa die Territorialverteidigung in den letzten Tagen in Slowenien gezeigt hat – erlauben Sie mir, das zu sagen –, war ja eine beachtliche Manifestation des Heimatbewußtseins dieser Leute, wenn man weiß, daß das in Wahrheit eine leichtbewaffnete Polizeitruppe ist, die da Widerstand geleistet hat.

Ich glaube, daß nur so wechselseitig befruchtende Impulse nicht nur hinsichtlich des wirtschaftlichen Wachstums, sondern in allen Bereichen des zusammenwachsenden Europa gegeben sein werden.

Und nur durch ein entschlossenes Handeln wird der Westen seiner Verantwortung auch in diesem Teil der Welt gerecht werden können.

Und nur so kann verhindert werden, daß nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ein Goldener Vorhang errichtet wird, wie mir ein 75jähriger Banater damals in Karan-Sebec in der Diskussion gesagt hat: „Herr Landeshauptmann,“ – ich habe das einmal hier schon zitiert – „der Eisernen Vorhang ist Gott sei Dank hochgegangen, aber errichtet nicht jetzt einen Goldenen Vorhang.“

Ich möchte auch ausdrücklich sagen, daß als besonderes Zeichen der internationalen Solidarität der eindruckliche Friedensappell der nordirischen Friedensnobelpreisträgerin Mairead Corrigan anzusehen ist, die ja im Jahre 1980 hier unser Gast war und die auf Grund unserer Informationen einen flammenden Appell auch an die jugoslawische Volksarmee gerichtet hat. Bei Gott eine leidensgeprüfte Frau, aus deren Familie auch Menschen während des irischen Bürgerkriegs zu Tode gekommen sind.

Zusammenfassend darf ich daher folgendes sagen:

Meine Damen und Herren, wir werden weiterhin alles in unseren Kräften Stehende tun, um die Sicherheit der steirischen Bevölkerung in bestmöglicher Weise zu gewährleisten. Und ich möchte noch einmal ausdrücklich den Repräsentanten des Österreichischen Bundesheeres, der Österreichischen Bundesgendarmerie, der Zollwache, auch allen anderen Einsatzorganisationen, die mitgewirkt haben, den Bürgermeistern an

der Grenze, ein herzliches Wort des Dankes sagen; gerade auch bei den persönlichen Begegnungen, die wir in den letzten Tagen gehabt haben (Allgemeiner Beifall.), ist das Engagement, das ganz selbstverständliche Engagement auch der jungen Leute deutlich geworden.

Und es findet am Mittwoch eine außerordentliche Vollversammlung der Regierungschefs der Arge Alpen-Adria in Klagenfurt statt, an der ich auch teilnehmen werde, und Peterle hat mir gerade früher am Telefon gesagt, wenn es irgendwie geht, möchte er auch daran teilnehmen. Und wir hoffen, daß auch der kroatische Ministerpräsident kommen kann, damit sozusagen auch in diesem Gremium innerhalb dieses historischen Raumes noch einmal deutlichgemacht wird der Zusammenhalt mit den betroffenen beiden Republiken.

Schließlich geht es darum, daß die gesamte demokratische Welt – ich sage noch einmal: auch die Verantwortlichen der EG und der USA – faktische Solidarität zeigt und auch alles daransetzt, um eine dauerhafte und friedliche Entwicklung auf der Basis von Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit einzuleiten und zu sichern.

Durch die neuerlichen Verhandlungen – und das möchte ich abschließend sagen – von gestern abend, die bis – höre ich – sechs Uhr früh gedauert haben und die von der EG-Troika, den drei Außenministern aus Luxemburg, Niederlande und Italien, mit der jugoslawischen Regierung in Belgrad, aber auch den Republikpräsidenten von Slowenien, Kroatien und Serbien geführt wurden, ist zunächst sicherlich eine Beruhigung der Lage eingetreten. Das sagte mir auch Ministerpräsident Peterle. Es wurde heute in der Früh im Morgenjournal; die meisten von Ihnen werden es gehört haben, sogar von einem Durchbruch gesprochen. Ich bin da nach allen Erfahrungen, die wir haben, persönlich etwas zurückhaltender, und die EG-Minister haben auch innerhalb kürzester Zeit erlebt, daß Grundkonflikte, wie sie in Jugoslawien bestehen, nicht über Nacht bereinigt werden können, weil auch das sechsstündige Gespräch von Ministerpräsident Marković mit der slowenischen Führung in Laibach nach Auffassung der slowenischen Führung zwar erfolgreich verlaufen ist, aber bei Gott nicht alle Probleme ausgeräumt werden konnten. Es liegt auf der Hand. Die vom serbischen Block so lange verzögerte Wahl von Stipe Mesic zum Vorsitzenden des Staatspräsidiums ist sicherlich ein weiteres Zeichen für die Stabilisierung der gegenwärtigen Lage und ist mehr als – beinahe hätte ich gesagt – nichts. Was es wirklich bedeutet, wird sich in den nächsten Wochen und Monaten herausstellen. Denn es ist gar kein Zweifel, nur durch erfolgreiche Verhandlungen in den nächsten Wochen und Monaten unter strikter Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes, da kann man Gift darauf nehmen, daß Slowenien und Kroatien von ihren Unabhängigkeitserklärungen nicht abgehen. Stipe Mesic hat mir vor einem Jahr auf meine Frage: „Wie wird es mit euch weitergehen?“ gesagt: Wir werden ein souveräner Staat sein. Die Herren in Laibach haben mir ungezählte Male, nicht erst jetzt, im Laufe der letzten Monate gesagt: Wir treten am 26. Juni zur Unabhängigkeitserklärung zusammen. Das ist eingetreten. Ich kann mich gut erinnern, wie viele Leute sehr

daran gezweifelt und gesagt haben: Das wird man erst sehen! Man kann Gift darauf nehmen, daß sie ihre Unabhängigkeitserklärung nicht zurücknehmen. Was das bedeutet, weiß man für die Verhandlungen der nächsten Wochen, wenn man die slowenische, kroatische und serbische Lage sich ansieht und weiß, daß zum Beispiel in Serbien weiter mobil gemacht wird, wie heute früh mitgeteilt wurde. Jedenfalls hat man gestern abend einen ersten Schritt über den schmalen Grat der Hoffnung, wie ich das genannt habe, gesetzt, eine friedliche Lösung grundsätzlich zu ermöglichen. Aber es ist für mich auch gar keine Frage, daß weitere entscheidende Schritte folgen müssen.

Meine verehrten Damen und Herren! Der Steiermärkische Landtag setzt meiner Überzeugung nach heute ein eindrucksvolles und auch unüberhörbares Signal der Verbundenheit mit unseren Nachbarn durch den Zusammentritt in dieser Sondersitzung. Das wird in unseren Nachbarländern aufmerksamst und mit großer Freude und auch großem Respekt registriert. Es ist auch kein Zweifel, und ich habe es einleitend gesagt: Unsere Nachbarn wissen, daß wir auch in schweren Zeiten zu ihnen stehen. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, und allen Landsleuten für Ihre Solidarität, und ich sage ausdrücklich: auch für Ihre Menschlichkeit! (Allgemeiner Beifall. – 10.55 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (10.56 Uhr): Hohes Haus, Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die dramatischen Ereignisse der letzten Tage haben uns eindringlich gezeigt, daß bei uns Werte wie Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung, Menschenrechte etwas Alltägliches, Selbstverständliches sind, daß wir wenig darüber nachdenken, daß es aber auf dieser Erde viele Millionen Menschen gibt, die davon nur träumen können, die dafür oft unter Einsatz ihres Lebens kämpfen, um dieses zu erreichen. Auch bei uns in Europa. Gerade wir haben auf unserem Kontinent in den letzten Jahren demokratische Erfolgserlebnisse gehabt, indem wir erleben durften, daß Träume wahr geworden sind, daß unsere Nachbarn im Norden, im Osten zu einem freien Europa gefunden haben und wir alle der Ansicht waren, das ist so. Nun erleben wir den Alptraum, daß es 1991 so etwas wie Panzerkommunismus oder, was noch genauer zu definieren wäre, so etwas wie Panzernationalismus gibt und daß wir alle aus einem Traum erwacht sind. Nun genügt diese Feststellung nicht. Die, die wir in einem freien Land, in einer Demokratie mit selbstgewählter Freiheit und Selbstbestimmung leben, haben die moralische, die tief humane Pflicht, auch andere, die auf den Weg dorthin sind, zu unterstützen und ihnen zu helfen. Denn wir glauben gemeinsam – und da trennt uns sicher nichts –, daß alle Völker dieser Erde, daher auch die Völker Jugoslawiens, daher auch das Volk Sloweniens, das Volk Kroatiens, ein Anrecht darauf haben, eine gewaltfreie Regelung ihrer Selbstbestimmungsbemühungen zu erleben. Und für uns gerade als Sozialdemokraten ist es selbstverständlich, daß jeder

Mensch, gleichgültig welcher Nation, welcher Hautfarbe, welcher Religion er angehört, eben ein Recht auf diese freie Entfaltung, auf diese demokratische Mitbestimmung, auf ein Leben in sozialer Demokratie hat. Wir fühlen uns daher zutiefst betroffen von diesen brutalen Vorgängen in unserem Nachbarland Slowenien, wo diese demokratischen Selbstbestimmungsbestrebungen mit Panzer und mit Fliegerbomben behindert, ich sage nicht verhindert wurden. Wo Menschen sterben, weil sie diesen alten Traum von mehr Freiheit und von mehr Selbstbestimmung nicht nur träumen, sondern auch erleben wollten. Wir haben da nicht als interessierte Zuschauer, sondern als aktive Demokraten uns zu bewähren, und es war daher notwendig und erfreulich, daß der Vorschlag von Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner sofort von allen im Landtag vertretenen Parteien aufgegriffen wurde, daß wir sehr rasch zur Einberufung dieser außerordentlichen Sitzung dieses Hohen Hauses gekommen sind. Es war auch sehr erfreulich, daß zum Schutze der steirischen Bevölkerung sofort Kontakte aufgenommen worden sind, die etwa die Abschaltung des Kernkraftwerkes Krško (Gurkfeld) beinhaltet haben, wo es allerdings nicht zu einer Abschaltung, aber doch zu einer Drosselung gekommen ist und dieses hohe Bedrohungspotential auch der steirischen Bevölkerung dadurch vermindert werden konnte. Aber es spielt weniger Rolle, wenn jetzt vielleicht irgendwo der Eindruck erweckt würde, daß sich nur einzelne Persönlichkeiten um diese Sicherheit gekümmert hätten. Es ist vielmehr wichtig, daß wir alle gemeinsam dafür eintreten. Und ich selbst war in den letzten Tagen mehr als 50 Stunden an dieser Grenze und habe erlebt, daß Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien durch ihre Abgeordneten und Regierungsmitglieder an der Grenze waren, um selbst sozusagen nicht nur zu sehen, sondern auch zu manifestieren, daß es unser gemeinsames Anliegen ist, hier die Demokratie und die Selbstbestimmung auch im Nachbarland zumindest symbolisch zu vertreten und zu betreiben.

Und wir sollten gemeinsam hier im Hohen Haus, meine Damen und Herren, allen jenen, die um diese Selbstbestimmung in unserem Nachbarland ringen, unsere moralische Unterstützung zum Ausdruck bringen. Dazu sind wir heute auch hier.

Wir sollten dies sehr klar tun und uns damit von jenen großen Mächten dieser Welt unterscheiden, die zwar immer von Selbstbestimmungsrechten reden, in Anbetracht eigener ungelöster Minderheitenfragen aber dann sehr rasch sich von tatsächlichen Freiheitsbestrebungen in anderen Ländern distanzieren oder zumindest schlechte Ratschläge geben.

Und es wurden heute schon einmal der KSZE-Gipfel von Paris und die Charta für ein neues Europa hier angeführt. Dort steht aber auch sehr klar und deutlich: „Wir bekräftigen die Gleichberechtigung der Völker und ihr Selbstbestimmungsrecht.“ Was aber in den letzten Wochen und Tagen rund um diese Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien dazu gesagt wurde, hat eigentlich wenig von diesem feierlichen KSZE-Geist gezeigt.

Es wurde nicht ausreichend registriert, daß die Slowenen und Kroaten viele Monate lang versucht hatten, mit den Serben und der Zentralregierung über eine Neuordnung des Vielvölkerstaates Jugoslawien zu ver-

handeln. Es wurde nicht registriert, daß dieser Verhandlungswille von einer nicht demokratisch gewählten, ja noch kommunistischen Zentralregierung und einer großserbischen Überheblichkeit immer mehr verworfen wurde und daß es anfangs eher föderalistische Bestrebungen waren, die halt dann wegen Erfolglosigkeit in secessionistische Bestrebungen übergegangen sind.

Und es wurde im freien Europa und noch viel mehr in den entfernteren USA, in den Vereinigten Staaten, ungenügend registriert, daß Serbien als größte Nation dieses Vielvölkerstaates die Gleichheitsprinzipien schrittweise vereinnahmt hat, daß die kleineren, ökonomisch etwas höher entwickelten Teilrepubliken zu den Hauptfinanziers einer doch bankrotten Wirtschaft und einer zentralistischen, anachronistischen Volksarmee geworden sind; daß den Albanern im Kosovo – und das wird in diesen Tagen vielleicht nicht laut genug gesagt – jene ethnischen Rechte verweigert werden, die man anderswo in Knin, man kann sagen mit Recht, fordert; daß Jugoslawien in Wirklichkeit ein Staatsgebilde ist, das zuerst durch den Panslawinismus, dann durch den Kommunismus und jetzt letzten Endes durch einige Generäle der Volksarmee zusammengehalten wird, und daß – das muß man auch dazusagen – viele von uns geglaubt haben, daß Panzer, wie 1953 in Ostberlin, 1956 in Budapest und 1968 in Prag, damals noch eine Chance hatten, Freiheitsbestrebungen zu verhindern, daß dies aber 1991 in Europa nicht mehr der Fall sein wird.

Wir haben uns alle gemeinsam getäuscht. Wir haben uns auch getäuscht, wenn wir geglaubt haben, daß Slowenen massenhaft flüchten werden, wenn in ihrem Lande so Arges passiert. Auch das ist – letzteres – erfreulicherweise nicht eingetreten.

Meine Damen und Herren, man muß miterlebt haben, wie etwa in Spielfeld die Panzer in wehrlose Fernlasterkolonnen geschossen haben, denn die dort drinnen gesessen sind, konnten ja nichts dafür. Sie sind unglücklicherweise mitten hineingeraten. Oder wie die MIG von Österreich aus – und ich war Augenzeuge – Bomben geworfen haben und wie Menschen an solchen Granaten- und Bombensplittern gestorben sind, und daß man nicht einmal den Verletzten helfen durfte – zumindest eine Zeitlang –, weil auf jeden geschossen wurde, der dort helfen wollte. Daher wissen wir auch, daß vielleicht noch tiefere Gräben, als Panzergranaten und Bomben schlagen konnten, hier aufgerissen wurden, wo es sehr schwer sein wird, diese jemals wieder zur Gänze zuzuschütten.

Und daher können wir nur hoffen, daß die jüngsten Verhandlungen und die Wahl des Kroaten Mesic jetzt zur Vernunft und wieder an den Verhandlungstisch zurückführen werden. Ungeschehen wird man die Ereignisse der letzten Tage auch durch beste Verhandlungen leider nicht mehr machen können. Dies auch deshalb – und das muß man dazusagen –, weil in Belgrad halt immer noch Hauptverantwortliche sitzen, die ja nie demokratisch gewählt worden sind und, wie viele Demokraten in Slowenien und in Kroatien behaupten, ja nie gelernt haben, daß Kompromisse etwas Ehrenhaftes sind, die noch immer glauben, ein Kompromiß ist etwas sehr Schlechtes, und daher ist jeder Staatsmann auch ein schlechter Staatsmann, wenn er sich auf Kompromisse einläßt.

Nur, wir wissen, daß eine echte demokratische Selbstbestimmung, daß eine Demokratie von und mit Kompromissen lebt, und das werden hoffentlich die Verantwortlichen in Jugoslawien noch lernen können.

Aber es gibt – das sagte ich schon – ja nicht nur den Panzerkommunismus, es gibt auch den Panzernationalismus. Und daher – und das haben wir heute in der Früh ja leider wieder gehört – wird es weitere Unruhen, wird es weitere dramatische Zwischenfälle geben. Daher haben wir klar die Meinung zu sagen: Es genügt nicht, jetzt jene Vorgänge zu verurteilen, die sich an der österreichischen Grenze in Slowenien, auf Flugplätzen in Slowenien abgespielt haben. Wir haben daher auch unsere Stimme zu erheben, wenn auf Grund dieser nationalistischen Auseinandersetzungen anderswo in unserem Nachbarland, in den Nachbarländern Menschen sterben. (Allgemeiner Beifall.) Und es ist daher auch nicht gut, wenn man Aussagen tätigt, wie angeblich gestern passiert, daß es in den letzten Tagen eine gute Zusammenarbeit zwischen der slowenischen Territorialeinheit und der Österreichischen Wehrmacht, sprich dem Bundesheer, gäbe. Denn wir wissen ganz genau, daß in Belgrad noch immer Generäle darauf warten, sozusagen Argumente zu bekommen, daß Jugoslawien von Österreich her bedroht würde. Und ich habe von vielen, die über die Grenze gekommen sind, gehört, daß den Soldaten, die dort auf der Seite der Volksarmee gestanden haben, eingeredet wurde, daß es nicht gegen Slowenien ginge, sondern in Wirklichkeit gegen eine Bedrohung, die von Österreich kommt. Da muß man – glaube ich – sehr vorsichtig sein. Aber diese Meldung wurde ja Gott sei Dank schon widerrufen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn es auch jetzt neue Hoffnungen auf eine friedliche Lösung gibt, so dürfen wir uns doch nicht zurücklehnen und sagen: Hier ist ein Gutteil der Arbeit schon verrichtet. In der Frage der Neuordnung Europas wird es sehr entscheidend sein, wie gerade in unserem Nachbarland die Entwicklung weitergeht. Und es wird daher sehr rasch zu klären sein, ab wann etwa ein Staat rechtlich wirklich seine Selbständigkeit erreicht. Und hier gibt es auch bei uns noch größere Unterschiede, die ausdiskutieren sind. Aber es wird – und das wird unbestritten so sein – Österreich dabei eine wichtige Zwischeninstanz bei diesem Selbstbestimmungsrecht unserer Nachbarvölker zukommen. Dazu können auch wir in der Steiermark, dazu können auch wir durch die heutige Sondersitzung einen wertvollen Beitrag leisten. Aber dieser Beitrag muß weit über die heutige Sitzung hinausreichen. Wir sollten uns – und das ist auch schon geschehen – heute einmal vorerst bei all jenen bedanken, die in diesen Tagen an den Grenzen nicht nur ihren Dienst als Zollbeamte, als Gendarmenbeamte, als Bundesheerangehörige versehen haben, sondern die auch sehr viel persönlichen Einsatz eingebracht haben. Ich habe auch selbst erlebt, was es heißt, dort zu bleiben, wenn es einen Giftgasalarm gibt, und nicht daran zu denken, daß auch jeder dieser Beamten oder die meisten daheim auch Frau und Kinder haben und vielleicht daran denken und trotzdem dortgeblieben sind. Wir sollten auch darüber nachdenken, einmal über den Stellenwert der Sicherheit selbst wieder gemeinsam zu reden. Aber gerade weil Sicherheit in der Vergangenheit für viele etwas Selbstverständliches

war, das man zum Nulltarif frei Haus geliefert bekommt, und wir jetzt daraufgekommen sind, daß es nicht so ist, und wir auch vor Ort feststellen mußten, auch bei diesem Einsatz, der von allen geleistet wurde, daß es infrastrukturelle Probleme an der Grenze gibt. Ich möchte nicht von diesem ersten Thema hier ablenken. Ich sage daher nur drei Beispiele. Es gibt schon zu denken, wenn an einem so großen Grenzübergang wie Spielfeld der Strom ausfällt, weil der regionale Versorger Probleme hat, plötzlich nicht mehr gefunkt werden kann, die Zollbeamten, die wirklich an vorderster Stelle an der Grünen Grenze waren, nicht erreicht werden konnten, weil es kein Notstromaggregat bei dieser Zollstelle gibt. Daß man anscheinend aus Ersparnis- oder anderen Gründen nie daran gedacht hat, hier exponierte Stellen so auszurüsten, daß sie bei einem Stromausfall in der Lage sind, ihre Beamten zu erreichen. Oder: Daß, wenn es einen Giftgasalarm gibt, man erst aus der Kaserne, weit her, Gasmasken holen muß, damit die Beamten dort verbleiben können, falls wirklich etwas passiert. Ich sage das auch deshalb, weil wir diesen ernststen Anlaß wahrnehmen sollten, um wirklich darüber nachzudenken, daß wir unsere Exekutivorgane Bundesheer, Zoll, Gendarmerie doch stärker mit materieller und personeller Infrastruktur ausstatten und daß auch dazu jetzt Gelegenheit, wenn auch traurige Gelegenheit ist, das wirklich in einem anderen Lichte zu sehen, und daß wir nicht nur diesen Beamten, sondern unserer Sicherheit selbst dienen, wenn wir das tun. Aber auf der anderen Seite haben wir eine weitere Aufgabe, damit möchte ich schon zum Ende kommen, wir haben auch in der eigenen Bevölkerung noch viel an Bewußtseinsänderung herbeizuführen. Es war für alle schockierend, die in diesen Stunden an der Grenze waren, daß die meisten besorgten Anrufe nicht gekommen sind, ob da irgendetwas passiert, sondern ob der Duty-free-Shop schon offen hat und ob es nicht endlich schon wieder billige Zigaretten gibt. Wenn das die Mehrheit der Anrufe war, und das war es, wie viele Zollwachdienststellen bestätigen, dann haben wir die Aufgabe, den Menschen zu sagen, daß wir uns alle betroffen zu fühlen haben, nicht nur jene, die an der Grenze wohnen, und dort ist die Betroffenheit sicher in diesen Tagen stärker gewesen, sondern wo wir überall in dem Lande leben, haben wir betroffen zu sein. Ich sage das deshalb sehr emotional, meine sehr geschätzten Damen und Herren, weil ich wenige hundert Meter von dieser Grenze entfernt geboren wurde und sehr oft in diesen Tagen darüber nachgedacht habe: War es ein glücklicher Zufall, war es Schicksal, sozusagen auf der glücklicheren Seite einer Grenze geboren zu werden? Was können jene dafür, die auf der anderen Seite geboren wurden, und ist es ein Privileg, auf jener Seite geboren worden zu sein, wo man Demokratie, wo man freie Entfaltung vorfindet, oder ist es Schicksal, auf der anderen Seite zur Welt gekommen zu sein? Wir sollten daran denken, daß wir uns nicht nur betroffen fühlen, wenn wir Verwandte in Slowenien, Kroatien oder überall, wo Menschen unterdrückt und verfolgt werden, haben. Wir haben gemeinsam die Aufgabe, und das sollten wir auch den Menschen draußen sagen, wir haben als Demokraten, als Österreicher, als Europäer oder wie immer man das bezeichnen möchte, uns mit allen verwandt zu fühlen, die um Demokratie, die um Freiheit und um Selbstbestimmung ringen, unabhän-

gig von allen völkerrechtlichen Schranken und Bedingungen, über die auch zu diskutieren sein wird. Wir haben gemeinsam eine klare Absage an jede Form der Gewalt, an jede Form des Nationalismus und an jede Form der Unterdrückung freier Meinungen zu erteilen. (Allgemeiner Beifall.) Daher brauchen wir diese Betroffenheit und Besonnenheit, von der ich geredet habe, und nicht die Gleichgültigkeit. Denn wir sind davon überzeugt, daß wir den Völkern Jugoslawiens einen guten Beitrag leisten können, wenn wir diese Betroffenheit heute hier und auch in weiterer Zukunft zum Ausdruck bringen. Die Errichtung einer sozialen, einer freien Demokratie kann erfolgen, wenn auch von außen her dazu Beiträge geleistet werden. Treten wir daher mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, daß die Freiheit und die Selbstbestimmung kein Privileg für uns selbst, sondern Allgemeingut für alle Menschen dieser Welt, aber auch für die Völker Jugoslawiens wird. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.15 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (11.15 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es ist genau 160 Tage her, als wir uns am 22. Jänner dieses Jahres anlässlich einer Sitzung dieses Landtages mit einem anderen grauenvollen Ereignis haben beschäftigen müssen. Als wir ebenso in einer dringlichen Anfrage, in der sich dann der Herr Präsident als Fragesteller zur Verfügung gestellt hat, anlässlich des gerade vorher ausgebrochenen Golfkrieges, Fragen der Sicherheit in der Steiermark diskutiert haben. Und auch schon damals – ich habe die Diskussion heute morgen nachgelesen – ist leise im Hintergrund der Gedanke mitgeschwungen, was wäre um Himmels willen, wenn es an unserer Grenze Probleme gäbe. Aber das war noch ein ganz anderer räumlicher Abstand, der uns hier hat diskutieren lassen. Aber wenn man dann in Radkersburg auf der Brücke steht und vor sich die Panzer einer anderen Macht sieht, nicht im Fernsehen und nicht von der Entfernung, sondern unmittelbar vor sich, dann wird die ganze Angelegenheit viel hautnaher und ganz anders, wie man sie aus sicherer Entfernung so oft diskutiert. Wieder einmal habe ich mich gefragt, ob wir eigentlich wirklich in der Lage sind, aus der Geschichte zu lernen. Mir ist da gestern nachmittag meine Großmutter eingefallen, die in der Zwischenzeit schon gestorben ist und die mir immer jene furchtbare Situation geschildert hat, die sie dann zeitlebens geprägt hat, wie vor etwa fünf Jahrzehnten mein Großvater von Partisanen erschossen worden ist. Für mich selbst hat das keine Verunglimpfung oder Haß gegen irgendwelche Gruppen oder Völker gebracht, sondern eine wirkliche Überzeugung, daß Gewalt, egal von wem gegen wen, von welchem Volk gegen welches Volk, gegen welchen Menschen angewendet, etwas Grausames und Verurteilungswürdiges ist. Daher bin ich froh, daß wir uns alle hier zusammengefunden haben, um diese Gewalt, die in den letzten Tagen stattgefunden hat und die hoffentlich nicht mehr stattfinden wird –

wollen wir es bei aller Skepsis glauben, daß das so sein wird –, gemeinsam ohne Nebentöne, ohne Untertöne zu verurteilen. Und noch aus anderen Gründen: Die Befreiungsbewegung in Kroatien und Slowenien ist für viele – und daraus erklärt sich vielleicht so manche Meinung von Politikern in den Vereinigten Staaten und auch der EG – ein Präzedenzfall dafür, wie es möglicherweise in anderen Ländern, in denen es auch noch Völker ohne Freiheit gibt, weitergehen könnte. Es ist ein Präzedenzfall geworden, was passiert und wie es geht, wenn Völker auf dem Weg zur Selbstbestimmung sind, auch wenn es nicht nur demokratische Überlegungen sind, sondern auch wirtschaftliche Hintergründe hat, wie in allen diesen Überlegungen. Und es ist auch verurteilenswert, wirtschaftliche Hintergründe als Überlegungen für den Weg zur Selbstbestimmung als ablehnenswert zu bezeichnen. Das sind sie nicht. Alle diese Väter und Mütter, die Selbstbestimmung wollen aus wirtschaftlichen Gründen, haben ein Motiv, das wir alle auch haben, nämlich das starke Motiv, daß es ihren Kindern besser gehen mag künftig in einer anderen Staatskonstruktion in Freiheit. Daher, meine Damen und Herren, müssen alle, die liberal denken, ein uneingeschränktes Ja zu allen Bewegungen in Richtung Selbstorganisation und Selbstbestimmung der Völker machen für alle Bereiche, auch in jenen Bereichen, vor deren Wanderungsbewegungen bei Fortschreiten des Selbstbestimmungsgedankens, etwa in der jetzigen Sowjetunion, man sich fürchtet. Das muß bejaht werden, auch angesichts dieser Situation. Die Frage ist, wie dieser Prozeß vor sich gehen kann, was man aus der freien Welt als Hilfestellung leisten kann und wie das gehen kann, ohne daß es dramatische Situationen, wie in den letzten Tagen an unserer Grenze, gibt. So gesehen ist das ein Präzedenzfall.

Meine Damen und Herren, und wir haben ja auch seitens des Steiermärkischen Landtages, und hier war Herr Präsident Wegart ja seit Beginn seiner Amtszeit federführend, ein sehr enges Verhältnis sowohl zu den Parlamenten von Kroatien als auch zum Parlament von Slowenien gepflogen. Und so manchmal, wenn wir miteinander gesprochen haben und wenn formuliert worden ist dieser Wille zur Unabhängigkeit und dieser Wille, das auch wirklich mit aller Konsequenz und mit allen Schwierigkeiten durchzuziehen, haben wir auch verbal bestärkt, wengleich der eine oder andere, und ich gestehe, ich gehöre auch dazu, ein bisserl Skepsis in sich gehabt hat, ob es wirklich so ohne Probleme gehen kann, wie da alle in diesen Gesprächen vorgegangen sind. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob wir manchmal in diesen Gesprächen vielleicht doch ein bisserl mehr an Hilfestellung signalisiert haben, als wir jeweils in der Lage wären, zu geben. Unsere Möglichkeiten sind begrenzt. Vielleicht hätten wir die eine oder andere Entwicklung nicht verhindert, sondern mit anderem geistigem Umfeld gemacht, wenn wir ein paarmal weniger höflich und mehr ehrlich gewesen wären. Vielleicht hätten wir jene unerhörte Kraftanstrengung, die in der Diplomatie jetzt in Österreich gemacht wird, schon einige Jahre vorher noch stärker machen sollen, vielleicht, vielleicht, vielleicht, meine Damen und Herren. Tatsache ist noch einmal, daß wir anlässlich dieser Situation zur Kenntnis nehmen müssen, auch im Blickwinkel zu jenen Völkern im Osten, die auch auf dem Weg zur

Freiheit sind, daß wir teilen werden müssen in unseren hochindustrialisierten Ländern, und daß wir zwei Möglichkeiten haben. Wir teilen hier in unserem Land, wenn wir die Völker eingeladen haben und sie zu uns kommen, oder wir teilen mit den Völkern, solange sie sich noch in ihrem Land befinden. Vielleicht sollte man diesen Anlaßfall hier einmal zur Kenntnis nehmen und zum Anlaß nehmen zu sagen, daß wir auch wirtschaftlich, nicht nur moralisch, sondern auch wirtschaftlich viel mehr werden beitragen müssen, um jenen Völkern, die auf dem Weg zur Freiheit sind, jene wirtschaftlichen Aufbaumöglichkeiten zu schaffen, die sie brauchen, in ihrem Bereiche zu bleiben. Meine Damen und Herren, jetzt in diesen letzten Tagen ist primär Slowenien, aber auch Kroatien, zu einem neuerlichen Präzedenzfall geworden, zu einem Präzedenzfall, ob es im Jahre 1991 tatsächlich noch möglich sein kann, eine Freiheitsbestrebung mit Panzern niederzuhalten. Und was immer wir in der Vergangenheit richtig oder falsch gemacht haben sollten, jetzt haben wir die Pflicht, deutlichzumachen, daß es 1991 mit Panzern ein Niederwalzen von Freiheitsbewegungen nicht geben kann und darf. Jetzt haben wir natürlich die Pflicht, uns nicht nur in diesem Landtag, sondern mit allen Möglichkeiten, die wir haben, und diese Landtagssitzung ist eine gute Gelegenheit, uns gegen diesen Panzerkommunismus auszusprechen. Meine Damen und Herren, das hat auch einen militärischen Aspekt, und ich freue mich, ich freue mich auch nach den vielen Debatten, die wir in diesem Hause haben, daß nunmehr uneingeschränkt von politischer Seite und von der Seite der Bevölkerung eine absolut und uneingeschränkte positive Haltung zu unserer militärischen Landesverteidigung, zu unserer Bundesheer und seinem Gerät eingetreten ist. Meine Damen und Herren, damit, glauben wir, können wir viele Mißverständnisse, die wir auch in diesem Hause gehabt haben, als überwunden und erledigt betrachten. Diese Chance, die wir heute haben, ist auch die Chance, daß Österreich in eine neue Form aktiver Neutralitätspolitik eintritt, eine neue Form deshalb, weil die aktive Neutralitätspolitik alter Prägung an sich unter anderen Vorzeichen gelaufen ist. Meine Damen und Herren, wir werden nicht zum letzten Mal die Drehscheibe zwischen Völkern auf dem Weg zur Freiheit und der westlichen Welt sein. Wir werden uns in diesen Tagen eine Bewährungsprobe auferlegen müssen, und wir werden diese Erfahrungen, die wir in diesen Tagen machen und die auch die Welt mit uns macht, in den nächsten Jahren in vielen anderen Chancen, Möglichkeiten und auch schwierigen Situationen weiterbringen müssen. Wir haben die große Chance, auch in diesen Tagen zu formulieren, daß die Entwicklung in Europa eine Chance ist, daß mehrere Völker in voller Freiheit und in voller Gleichberechtigung miteinander leben und arbeiten können. Ich bin froh, daß wir uns zu dieser Gemeinsamkeit gefunden haben, und ich bin traurig darüber, daß es der letzten Tage wahrscheinlich bedurft hat, um diese Gemeinsamkeit deutlicher herauszuarbeiten. Nehmen wir den heutigen Tag als Chance, in dieser Richtung gemeinsam weiterzuarbeiten. (Allgemeiner Beifall. – 11.27 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann.

Abg. Dr. Hirschmann: Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Wenn wir heute aus bedrückendem Anlaß, wie es von allen Vorrednern gesagt wurde, zu dieser Sondersitzung zusammengekommen sind, dann geht es uns um eine gemeinsame, geschlossene steirische Haltung in Anbetracht der dramatischen Situation an der Grenze zu unserer Heimat. Wir sind betroffen über das brutale Vorgehen der Belgrader Generäle und Zentralisten. Und wir wenden uns seit Tagen, aber besonders in dieser Stunde, an alle Einflußreichen dieser Welt, dieses brutale Vorgehen zu stoppen und vor allem für alle Zukunft zu unterbinden. Wir sind aber auch betroffen über die eklatante Fehleinschätzung, ja das Versagen der Verantwortlichen in Europa und in Washington. Und wir sind uns durchaus bewußt unserer bescheidenen Möglichkeiten, aber genauso auch bewußt unserer nachbarschaftlichen Verantwortung in dieser Situation, und wollen ein Zeichen der Sympathie, des Verständnisses, der Ermunterung und der Unterstützung für unsere Freunde in Slowenien und auch in Kroatien setzen. Für jene tapferen Menschen, es wurde heute schon gesagt, die dafür gekämpft haben, daß es dort heute demokratische Verhältnisse gibt, die Respektierung der Menschenrechte, die Möglichkeiten einer pluralistischen Gesellschaft, und die aufgestanden sind gegen die Unterjochung und kommunistische Zentralgewalt in Belgrad. Für jene tapferen Menschen, und auch das wurde angesprochen, man kann es nicht oft genug wiederholen, denn so einfach ist dann auch Weltgeschichte letztlich, die ihren bescheidenen Wohlstand nicht weiter der bankrotten Kommandowirtschaft opfern und die nicht weiter die Gehälter und Pensionen einer privilegierten kommunistischen Militärkaste und eines heillos überdimensionierten Militärapparates finanzieren wollen. Das ist der Grund, weil oft in den letzten Tagen eingewendet wurde, die Slowenen, das sind aber böse Leute, die wollen ihren Wohlstand nicht teilen mit dem Süden des Landes. Das sagt sich leicht aus der Perspektive eines Landes wie Österreich oder gar anderer Länder Westeuropas. Und wir wollen mit Nachdruck dazu beitragen, den fatalen Irrtum rasch zu beseitigen, nämlich etwas zusammenpferchen zu wollen, was nicht zusammen sein will und offenbar nicht zusammen sein kann. Wenn der amerikanische Außenminister James Baker in Belgrad verkündete, daß „das Prinzip der Einheit und das Prinzip der territorialen Integrität Jugoslawiens“ von allen 35 KSZE-Mitgliedsstaaten als „außerordentlich wichtig oder notwendig“ betrachtet werde, erinnert das, meine Damen und Herren, angesichts der Realitäten fatal an die Geschichte der Heiligen Allianz. Denn eines muß man sagen, dieses vermeintliche Jugoslawien gibt es nur noch auf Briefmarken. Und die Belgrader Militärs haben gerade in den letzten Tagen den Staat endgültig auseinandergebombt und gezeigt, wer die wahren Totengräber des jugoslawischen Staatsgedankens sind. Es ist bedauerlich und eine Schande, daß die Staaten der Europäischen Gemeinschaft den Demokraten in Kroatien und Slowenien ihre eindeutige Unterstützung bis zur Stunde – muß man sagen – versagt haben. Denn die Zwölf dürfen nicht die Form bestimmen wollen, in der andere sich der Gemeinschaft annähern oder anschließen. Wohl sollte – und es wurde heute vom Landeshauptmann insbesondere

mehrfach gesagt – Nicht-Einmischung praktiziert werden, doch in einer Weise, die Veränderungen eines völkerrechtlichen status quo nicht ausschließt. Es ist zwar bestimmt ein bitterer Scherz, daß die Amerikaner die Slowenen und Kroaten für einen Sioux-beziehungsweise Komantschenstamm halten, aber die bittere Realität, daß sie durch ihre Haltung „das letzte kommunistische und rassistische Regime in Osteuropa aufrechterhalten“, wie es der Wiener Bürgermeister Zilk formulierte! Die diplomatischen Beschwichtigungshofräte in den großen Staatskanzleien hätten in den letzten Jahren intensiv studieren können, wie die Belgrader Nationalbolschewiken im Kosovo eine inzwischen in Europa einzigartige Unterdrückungspolitik betrieben haben. Und daß gedroht wurde, das Kernkraftwerk in Krško zu bombardieren, daß in verlassenen Panzern chemische Kampfmittel gefunden wurde, wirft die Frage nach dem Geist – so es einen gibt – und den Absichten der Generalität der jugoslawischen Armee auf.

Und Belgrad – erinnern wir uns – erhielt einen Milliardenkredit der EG zum Ausbau des Straßennetzes zugesagt vor wenigen Wochen, der kommt nach den Bombenangriffen der letzten Tage gerade recht! Und war es nicht – der Landeshauptmann hat heute schon darauf hingewiesen – der amerikanische Präsident Wilson, der nach dem Ersten Weltkrieg das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker formulierte? Hans Winkler schrieb in einem aufrüttelnden Kommentar zu Recht in den letzten Tagen, ich zitiere wörtlich: „Das Schweigen des amerikanischen Präsidenten angesichts der Tragödie in Slowenien dröhnt uns in den Ohren!“ Und muß man nicht aus dieser Haltung auch ein falsches Signal der Ermunterung zum gegebenen Zeitpunkt an orthodoxe Zentralisten in Moskau befürchten? Und wir müssen es nach Brüssel und anderswohin trommeln und schreien, liebe Freunde: Slowenien, Kroatien trennt heute von den Serben mehr als Schweizer von Spanien, Engländer von Skandinavien und Deutsche von Franzosen. Der Westen aber steht offenbar fassungslos vor der rasenden Dynamik der Geschichte. Wir wissen – es wurde angesprochen –, die EG und die USA fürchten Beispielsfolgen in ganz Osteuropa und in der Sowjetunion. Wenn sie aber in den kommenden Jahren die Einheit und territoriale Integrität jedes Vielvölkerstaates in Osteuropa und außen garantieren wollen, verehrte Damen und Herren, dann werden wir viel, allzuviel zu tun bekommen. Und wir müssen darauf hinweisen, sogar in der Sowjetunion soll demnächst ein Unionsvertrag unterzeichnet werden, in welchem immerhin sechs von fünfzehn Republiken eine Austrittsmöglichkeit angeboten wird. Und was andere Befürchtungen der EG angeht, müssen wir festhalten, es gibt heute in Europa eine Reihe von Staaten, die kleiner sind als Slowenien und Kroatien, und es gibt sogar Mitglieder in der EG, Regionen jedenfalls, die wirtschaftlich bedeutend schwächer sind als Slowenien und Kroatien. Die EG hat inzwischen – Gott sei Dank – vor allem auf Druck von Bundeskanzler Kohl ihre unsinnige Haltung revidiert. Man versucht jetzt, Zeit zu gewinnen, und wenn es hilft, Blutvergießen zu vermeiden, gut so, meine Damen und Herren. Aber erinnern wir daran, Slowenen und Kroaten haben eineinhalb Jahre versucht, auf friedlichem Wege eine politische Verhandlungslösung zu erzielen. Ergebnis:

ohne jeden Erfolg. Und die politische Führung in Laibach und Agram steht unter dem Druck eindeutiger und überwältigender Volksabstimmungsergebnisse. Mit Bitterkeit muß angemerkt werden – es wurde schon gesagt –, das Verhalten der USA, aber insbesondere auch der EG, in den letzten Wochen hat die Belgrader Generäle zu ihrem Vorgehen offenbar ermuntert. Historische Unkenntnis hat offensichtlich zu diesen gravierenden folgenschweren Fehleinschätzungen geführt. Wer jetzt noch rettend eingreifen will, muß beim serbischen Radikalismus ansetzen. Im Fall Jugoslawien wäre es darum gegangen – man muß sagen, geht es immer noch darum –, einen mit Sicherheit ungerechten Krieg zu verhindern, weil vor zwei oder drei Monaten – Kollege Rader hat es angesprochen – über den gerechten Krieg weltweit wieder philosophiert wurde. Hier geht es mit Sicherheit um einen ungerechten Krieg gegen zwei Völker, deren selbstgewählte Unabhängigkeit sich gegen niemanden richtet, sondern, im Gegenteil, die Basis eines neuen Zusammenlebens mit den Nachbarnationen im bisherigen Jugoslawien bilden sollte oder soll. Slowenien und Kroatien haben klargemacht, daß selbst ein demokratisch nicht einwandfreies Serbien seinen Platz in dieser neuen Ordnung haben könnte, wenn es wollte. Kroaten und vor allem Slowenen huldigen also nicht einem reaktionären Nationalismus, wie das da und dort unterstellt wurde. Ihre Unabhängigkeit soll Grenzen ab- und Brücken aufbauen, und zwar in alle Richtungen.

Verehrte Damen und Herren, angesichts der vorrangigen Sicherheit unserer eigenen Bevölkerung – wir schließen uns allem Dank, der heute vom Landeshauptmann, aber auch allen Vorrednern ausgesprochen wurde, an, einem tiefen und großen Dank – ist es in unserem eigenen Sicherheitsbedürfnis gelegen, die Anliegen unserer Nachbarn in Slowenien und Kroatien zum Besseren zu wenden. Sie müssen die von ihnen gewünschten Lebensbedingungen erhalten, um nicht neuerlich eine – für uns alle nicht verkraftbare – Völkerwanderung auszulösen. Und gerade in diesem Zusammenhang danke ich unserem Landeshauptmann für seine unzähligen unablässigen Bemühungen in den letzten Tagen, Wochen und Monaten, insbesondere auch einflußreichen Freunden und angesehenen Persönlichkeiten in Europa und den USA, die dramatische Situation als mutiger Fürsprecher Sloweniens und Kroatiens näherzubringen: Helmut Kohl, Willy Brandt, Jaques Santer, Bruce Millan und vielen anderen. Es ist wichtig und schön, in so einer Situation einen Landeshauptmann zu haben, der die Sorgen der Bevölkerung zu seinen eigenen Sorgen macht und der auch die richtigen Türen findet, wo auch immer, um einem bedrängten Volk zu helfen. Wir danken auch allen anderen in diesem Zusammenhang, die in den letzten Tagen und Wochen nicht nur ihre Solidarität bekundet, sondern auch ihre Bereitschaft gezeigt haben, etwas zu tun. Im besonderen möchte ich auch einen Dank richten an die steirischen Medien, die hier auch ein richtiges Bild gezeichnet haben und wichtige Meinungs- und Informationslieferanten waren in dieser bedrängten Situation. Ich möchte einen zwar nicht steirischen, aber österreichischen Journalisten in diesem Zusammenhang zitieren. Hans Rauscher schrieb im „Kurier“: „Österreichs Rolle ist eminent wichtig. Wir sind in bezug auf Jugoslawien immer

richtig gelegen. Erhard Busek hat früh slowenische Demokraten, wie Ministerpräsident Peterle, unterstützt. Alois Mock hat die EG rechtzeitig über die wahren Verhältnisse in Jugoslawien aufgeklärt. Der steirische Landeshauptmann Krainer informierte noch vor wenigen Tagen den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl. Vranitzky hielt zwar die notwendigen Kontakte mit der Regierung in Belgrad aufrecht, aber bei ihm gingen slowenische und kroatische Politiker ein und aus.“ Ende des Zitates. Verehrte Damen und Herren, Österreich hat in dieser Situation Format bewiesen, muß man sagen. Es hat bei einigen etwas länger gedauert, muß man auch dazusagen, aber wichtig ist unter dem Strich das Ergebnis. Und ich möchte allen auch danken, vielen, die zu nennen wären, die aber aus Zeitgründen nicht genannt werden können, die in den letzten Jahren, insbesondere in der Steiermark, sich in unzähligen Kontakten mit Freunden aus Slowenien, aus Kroatien gekümmert haben. Sie waren alle hier bei uns zu Gast im Josef-Krainer-Haus, in Stainz, auf den Universitäten, wo immer auch, es waren alle die hier, die heute Verantwortung tragen in Agram, in Laibach. Es ist schön, daß wir ein wenig helfen konnten und ein wenig verdolmetschen konnten in dieser schwierigen Situation. Und wir appellieren, verehrte Damen und Herren, in dieser Stunde an alle Verantwortlichen, Gewalt löst keine Probleme. Es darf nicht, nein, niemals, die Stunde der Militärs sein, nicht die Stunde der Juristen jetzt oder völkerrechtlicher Seminare, es muß die Stunde der beherzten Politiker sein, die nach einer friedlichen Lösung zu suchen haben. Die dramatischen Fehler der vergangenen Wochen müssen korrigiert werden, bei aller gebotenen Zurückhaltung oder Nichteinmischung. Demokratie und Menschenrechte sind unteilbar für alle Regionen dieser Welt, egal, ob sie Ölquellen besitzen oder nicht. Demokratie und Menschenrechte können nicht einer Weltordnung der Ruhe und des status quo geopfert werden. Und es ist in dieser Stunde aller demokratischer, aber auch aller wirtschaftlicher Druck notwendig auf die großserbischen Zentralisten, und alle unsere Sympathie und Unterstützung gilt unseren Freunden in Slowenien und Kroatien und unsere tiefe Verbundenheit und Anteilnahme den Opfern dieses Dramas. (Allgemeiner Beifall. – 11.42 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (11.42 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn der Kollege Trampusch sagt, er ist auf der glücklicheren Seite geboren, weil er ein paar hundert Meter jenseits der Grenze das Licht der Welt erblickt hat, so kann ich sagen, ich bin auf dieser unglücklicheren Seite geboren. Mein Elternhaus war etwa zwei, drei Kilometer südlich von Spielfeld an der Pöbnitz, aber von meinen Eltern, von meiner Verwandtschaft, ist niemand erschossen worden. Ich möchte das gleich vorwegnehmen. Meine Eltern haben mit diesem ganzen Kriegsgewirr nichts zu tun. Sie waren in Österreich bei einer Firma beschäftigt, der Firma Bärnbach-Oberglas. Und mein Vater war Direktor in den Fabriken, die eben im heutigen Slowenien und auch Serbien liegen. Ich habe aber miterlebt, daß Eltern nur aus dem

Wunsch, daß die Familie in Sicherheit lebt, freiwillig aus diesem Land gegangen sind, freiwillig das Ranzerl gepackt haben und ich mit einem Schuh über die Grenze gekommen bin. Warum? Es war in der damaligen Zeit schon lebensgefährlich, nur der österreichischen Sprache mächtig zu sein. Und es waren reine Sicherheitsgründe, daß meine Eltern gegangen sind. Ich möchte auch vorwegschicken, mein Vater war keinen einzigen Tag in Kriegsgefangenschaft, weil er weder mit der Nazizeit noch mit irgend etwas zu tun gehabt hat. Er ist auch von den Partisanen sozusagen bei diesen Kämpfen deswegen auch nicht nur verschont worden, sondern hat auch überlebt. Ich glaube auch, daß ich aus einem Elternhaus komme, das liberal und tolerant war und mir dieses Denken auch irgendwie geprägt wurde. Und ich glaube auch, daß es heute an der Zeit ist, über diesen Irrglauben des Marxismus und des Kommunismus, der zum Parteikommunismus leider führt, zum Zentralkommunismus auch ein Wort zu verlieren. Denn eines steht fest, es kann kein Mensch glücklicher sein, als in einem Land zu leben, in einem neutralen Land, wie die Schweiz, wie Österreich. Es kann kein glücklicheres Wort sein, als wenn jemand für seine Freiheit tagtäglich bemüht ist, weiterhin frei zu leben, weiter frei arbeiten zu können und auch einem freien Gedanken- und Wortaustausch folgen zu können. Und ich denke immer wieder an die Worte des Wilhelm Tell beziehungsweise Schiller, wie er sagen läßt: „Es ist nur der wert, frei zu leben, der sich tagtäglich um diese Freiheit bemüht“. Und ich glaube, das ist ein Wort, das wir in Österreich praktizieren und diesen Wunsch, dieses freie Denken, diese Gedankenfreiheit auch wenigstens unseren nächsten Nachbarn weitergeben zu können. Das spielt sich ja heute ganz klar in Österreich ab. Jeder ist interessiert, jeder hat den Wunsch, daß auch diese Menschen unten von diesem Parteikommunismus, man kann ihn von mir aus bezeichnen auch Panzerkommunismus, auch Bombenkommunismus, frei zu werden. Und dieser Weg ist eben sehr, sehr schwierig ohne Opfer. Und daß es Opfer gegeben hat, daß zufällig Menschen mit ihren Transitwagen, mit ihren Wagen diesen Panzerkolonnen begegnet sind und ihr Leben lassen mußten, das hat sich ja auch nach diesen ganzen Wirren des Krieges abgespielt. Menschen sind zufällig gerade des Weges gekommen und wurden sozusagen von einem System erschossen, niedergemetzelt und nicht einmal der Mühe wert gefunden, daß man gesagt hat, man bemüht sich um jene Menschen, die schwer verletzt hier am Boden in den Gräben gelegen sind. Was ist praktisch das Ergebnis oder was sollte man aus dem Jahre 1991 lernen beziehungsweise was sollte man aus der Geschichte lernen? Das, was auch heute gesagt wurde, daß tatsächlich solche manifestierten gesellschaftspolitischen Probleme sicher nicht über Nacht zu lösen sind, sondern durch zähe Arbeit, durch zähes Bemühen, natürlich auch, wie man sieht, mit Opfern. Und es ist wirklich, wenn der Herr Landeshauptmann sagt, daß die Leute unten, die heute, vielleicht morgen nicht mehr, man weiß das ja nicht, wenn Serbien mobil macht, was weiß man, was morgen ist, wir hoffen alle, daß es einen richtigen sanften, Weg geht, daß es einen toleranten Weg geht in Richtung Liberalität. Aber was wissen wir, was da unten noch passiert? Was wissen wir, wenn die Serben weiter mobil machen? Was wissen wir?

Darum ist es, glaube ich, ganz wesentlich, wenn man heute weiß, daß die Slowenen und Kroaten auch bereit sind, ihre Freiheit zu verteidigen, sei es, daß sie auch wieder als Partisanen in den Wald gehen, wie heute die Territorialtruppen das ja bereits machen. Es ist eben in gewissen Situationen leider der Untergrundkampf die einzige Möglichkeit, um die persönliche Freiheit und Sicherheit seiner Familienangehörigen gegen totalitäre Systeme und deren Machenschaften zu verteidigen. Und für mich ist der Kommunismus, für mich war immer ein totalitäres System meistens irreführend durch die schöne Theorie des Marxismus. Der Marxismus, der im Grunde genommen aber immer wieder in einem Irrglauben endet. Denn eines, mit dieser Einstellung „wilst du nicht mein Bruder sein, dann schlag' ich dir irgendwas ein“ kann es nicht gehen. Daher bin ich, und Sie haben das ja auch in den letzten vier oder fünf Jahren im Landtag gemerkt, kein Freund totalitärer Systeme, kein Freund von Mauern. Ich lebe selbst seit vier Jahren mit einer Mauer. Ich bin kein Freund, daß man nicht einmal mehr eine Gesprächsbereitschaft findet, nicht einmal einen „Jack-Point-Charly“. Ich habe seit 16 Jahren als rein oppositioneller Politiker, ich bin ein kleiner Gemeinderat, ich bin ein kleiner Politiker, unsere Möglichkeiten sind nur, zu suchen, Kontakte zu suchen, Toleranz zu suchen und vielleicht auf dem Gebiet des Umweltschutzes Möglichkeiten zu suchen, wie wir gemeinsam weiterkommen und vielleicht einmal unseren Kindern in die Augen schauen zu können, nicht nur frei, sondern auch gesund und mit einer gesunden ökologischen Umwelt. Das ist unsere Aufgabe, und ich glaube, es ist hier im Landtag sehr, sehr viel geschehen, und ich möchte mich auch für vieles, sicher, manches würden wir gerne noch weiter forcieren, aber für diese Ansätze und für das, was geschehen ist, herzlich bedanken. Es ist auch nicht von ungefähr, daß ich als Techniker, als Vollbluttechniker, seit dem Jahre 1970 mit Professor Dollmann gemeinsam gegen die ganze Atomgeschichte bin, gegen Atomwahnsinn. Warum? Man kann reden von todsicherer Atomenergie. Denn in jenen Situationen, in Krisensituationen, heißt es auf einmal, der Hussein da unten bombardiert die Atomkraftwerke in Israel. Von den Serben hört man, „paßt auf, wenn Ihr das und das nicht wollt, Ihr habt ja eine sehr große Gefahrenquelle“. Ich bin nicht nur aus Sicherheitsgründen und der Entsorgung gegen Atom, sondern weil eben – wie die Geschichte zeigt – der Mensch in seinem totalitären Irrsinn auch zu so etwas greift. Ich warte bis heute noch, und es wundert mich, daß nicht irgend welche Terrorgruppen sowas in die Hand bekommen und ganze Landstriche, Erteile erpressen und erpressen können. Daher ist diese Sache, was unten sich abspielt, dieser Parteikommunismus, dieser Panzerkommunismus und das Krško selbstverständlich für mich in einem zu sehen, weil es Dinge eröffnet, die für uns einfach existentiell bedrohend sind, und nicht nur existentiell, sondern auch genetisch wahnsinnige Folgen für uns alle bewirken würden.

Wenn wir erlebt haben und alle in Jubelstimmung waren, die Mauer fällt in Ostberlin, wenn wir erlebt haben und gesagt haben, das hätte sich keiner vorher – wie noch dieser Honecker ein Jahr vorher aufgetreten ist, wie wir gesagt haben, na ja, der Kommunismus, Honecker und so weiter, Ostdeutschland, wirtschaftlich. Was ist denn übriggeblieben? Was ist aus diesem

wirtschaftlichen Block, diesem Ostblock, übriggeblieben? Sie haben ja selbst, Herr Präsident Wegart, „die Sachsen“ bei uns gesagt. Wir sind oben bei ihnen gesessen. Die müssen heute umdenken, heute aufbauen und sind wirtschaftlich eigentlich am Boden, und es dauert auch sehr lange, einen Menschen, der zu diesem Kommunismus gedrillt wurde, wieder eigenverantwortlich und eigenständig zu machen. Und diese Damen, die damals da waren, diese fünf oder sechs Damen, die in ihrer neuen Politik eingestiegen sind, denen ist Anerkennung zu zollen, und hat man gesehen, daß in den Situationen die Frauen dann nicht so manipuliert sind wie unter Umständen militant erzogene Männer oder Jugendliche. Es war für uns erfrischend zu hören, daß im Ostblock etwas Neues geschieht, daß die Menschen frei werden, und es ist tatsächlich das, was in Slowenien passiert, für uns alle ein Rückschritt und muß uns alle – und aus der Geschichte sollen wir lernen – höchst vorsichtig werden lassen und höchst sensibel, und auch in der Richtung ist wirklich jede Art der Sensibilität zu wahren. Denn es ist klar, daß unten gesagt wird, die Bedrohung kommt von Österreich und so weiter. Ich glaube das, ich habe das zwar nie gehört, aber ich kann mir das sehr gut vorstellen, wie hier gehetzt wird. Wir wissen, daß Grundkonflikte, vor allem gesellschaftspolitische Grundkonflikte, nicht über Nacht gelöst werden können. Du kannst nicht einen Menschen von heute auf morgen ändern. Es geht einfach nicht. Es ist jeder in seiner Art gesellschaftspolitisch auch geprägt, und daß die Slowenen auf Grund dessen, daß sie sehen, wie eine Demokratie, wie das funktioniert, daß sie sehen, daß man in einer Demokratie auch unter Eigenständigkeit und Verantwortlichkeit wirtschaftlich überleben kann. Den Leuten ist ja jahrelang diese Planwirtschaft eingeredet worden, und ohne die Planwirtschaft geht es nicht. Und unter dieser Planwirtschaft sind Dinge erzeugt, produziert worden, die kein Mensch brauchen hat können. Es geht also nicht ohne eine Wirtschaft, die auch zwischen Angebot und Nachfrage sozusagen hier in diesem Spannungsfeld ist. Für diese Wirtschaft braucht man selbstverständlich so wie in Österreich eine Verstaatlichte für die Grunderzeugung, Grundproduktion. Man braucht aber auch eine Privatwirtschaft. Und dieses Zusammenspiel dieser Marktwirtschaft ist das, was die Slowenen bei uns sehen und sich daher befreien wollen, befreit werden, weil sie sich einfach befreien müssen. Ich glaube, daß die Situation auch nicht mehr rückgängig zu machen ist. Es ist nur die Frage, dieser Weg zur Freiheit, wieviel Opfer bedarf er noch, wieviel Opfer gibt es noch? Das ist für mich eigentlich die einzige Frage. Daher ist es sehr, sehr wichtig, daß die EG jetzt doch im letzten Moment umgedacht hat. Daß doch dieser Äußerungen, wie „das muß ein Machtblock sein“, das muß ein „Block sein“, revidiert werden. Und eines, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen auch. Zu dieser EG, EWR war ich immer schon skeptisch, immer mißtrauisch. Warum? Weil dies wieder ein Zentralblock, wieder ein zentraler Wirtschaftsblock ist. Ich bitte Sie alle, überdenken Sie das noch einmal. Es muß doch möglich sein wie in der Schweiz, daß wir wirtschaftlich unabhängig, ohne diese Machtblöcke, überleben. Es muß doch möglich sein, in einem Land, wo wir derzeit alles haben, nicht sowas wieder durch einen Zentralblock zu riskieren. Es muß doch möglich sein, daß wir uns von

solchen Dingen, die hier in den letzten Tagen gesagt wurden, nicht nur in der jetzigen Situation distanzieren können, sondern daß wir gar nicht dabei sein müssen und daß wir in der Richtung neutral bleiben. Denn auch Neutralität bedeutet eine wirtschaftliche Unabhängigkeit. Denn eines steht heute fest: Wirtschaft, Politik und auch das ganze ist so eng miteinander verbunden, daß es meiner Meinung nach – ich würde Ihnen das noch einmal ans Herz legen – diese ganze EWR, EG-Geschichte überdenken, denn wo sind die Probleme in der Geschichte entstanden? Die Probleme sind entstanden beim Zentralismus. Warum? Weil Zentralismus automatisch und von sich aus den Menschen zurückdrängt und das Zentralsystem hervorhebt. Warum? Weil Zentralismus in einer gewissen Art und Weise unmenschlich macht. Schauen Sie, das ganze AKH, ein derartiges großes Krankenhaus, da ist der einzelne nur mehr eine Nummer. Da gehe ich doch lieber in ein ganz kleines Krankenhaus in Deutschlandsberg, auch wenn der Piaty dagegen ist, weil der von sich aus auch ein Zentralist ist. Ich bin ein Dezentralist. Ich bin ein geborener Dezentralist, und ich bin stolz, ein Dezentralist zu sein. Für mich hatte der Ausspruch „small is beautiful“ schon immer einen Sinn, und hinter dem Sinn verbirgt sich, daß der Mensch in kleineren Einheiten, in kleineren Strukturen wesentlich persönlicher sein kann, seine Individualität erhalten kann, seine Eigenverantwortlichkeit erhalten kann und auch seine Eigenständigkeit erhalten kann. Und genau das wollen die Slowenen. Sie wollen dezentral werden. Sie wollen – (Abg. Kröll: „Europäisch!“) nein, die Slowenen wollen unabhängig werden! Hört auf mit europäisch! Hört auf mit eurer EG! Die Slowenen wollen wie wir unabhängig werden. Sie wollen auch dem Sinne nach neutral werden. Sie wollen das zehnte Bundesland von einem neutralen Österreich werden. Die Slowenen wollen nichts anderes wie wir, neutral werden, und sie wollen mit einem neutralen Land zusammenarbeiten. Wenn Sie heute sagen, sie wollen europäisch werden, sie wollen unbedingt zur EG, hat man ja gesehen, wie die EG reagiert hat auf diese Interessen der Slowenen und Kroaten. Wie haben sie reagiert? Indem sie sie eigentlich sterben haben lassen, genauso wie die Amerikaner. Weil die Amerikaner ja auch nur zentral überleben können mit ihren 48 Einzelstaaten und so weiter. Es geht also im Grunde genommen um die Eigenständigkeit und nicht um das europäische Denken, glaubt mir das.

Ich möchte noch einmal sagen unter Anführungszeichen, ich habe Kontakte auch zu Slowenien, die Slowenen haben gesagt, wir wollen so wie ihr in Österreich Neutralität haben, wir wollen wirtschaftlich zusammenarbeiten. Wir wollen unabhängig und eigenständig werden. Ich möchte Ihnen auch sagen, daß ich Kontakt zu Slowenien habe, sogar einen sehr guten. Warum zu Slowenien? Ich sage gar nicht zu Jugoslawien, weil mit dem 26. Juni gibt es für mich ein Slowenien. Übrigens war das der Tag meines Geburtstages, der 26. Juni. Es gibt ja auch glückliche Zusammenfälle. Warum habe ich sehr guten Kontakt zu Slowenien? Sie werden es nicht glauben. Ich bin als österreichischer Staatsbürger in Slowenien Grundbesitzer.

Warum? Weil meine Großeltern in Slowenien geblieben sind, weil meine Großeltern unten ein Weingut

gehabt haben, weil meine Eltern sozusagen in der Erbfolge das übernommen haben und weil ich in weiterer Erbfolge Grundbesitzer in Slowenien bin. Und glauben Sie mir, die Slowenen haben keine Lust, in eine EG hineinzugehen, die sie vor kurzem noch verraten hat. Was kann man aus dem ganzen lernen? Man kann lernen, daß in der politischen Zusammenarbeit die totalitären Systeme abzulehnen sind, daß man einfach das, was sich im Osten noch abspielt, doch noch mit Sorgfalt beobachten muß, daß der Parteikommunismus jederzeit – bitte – zuschlagen kann. Denn das einzige, sage ich Ihnen, was da drüben noch übriggeblieben ist im Osten, im Ostblock, das einzige, was wirklich noch funktioniert oder funktioniert hat oder auch heute noch funktioniert, das ist leider der Militarismus. Und passen Sie auf, in dem Ostblock kann der Militarismus über Nacht wieder zuschlagen. Um fünf Uhr in der Früh fahren die Panzer auf. Das muß aber nicht da unten sein in Slowenien, das kann wieder in Rußland sein, das kann in Lettland sein, das kann in Litauen sein, das kann überall sein. Darum ist es wichtig, daß die im Osten selbst von sich aus die Macht dieses Militarismus von der Macht der Generäle abgebaut wird. Ich bin somit am Ende, Herr Präsident, ich halte mich in meiner derzeit letzten Rede gerne an Ihre Glocke. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 12.03 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek.

Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek (12.03 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist fast makaber, wenn ich daran denke, daß ich mich in der letzten Landtagssitzung zur Debatte der Sicherheit gemeldet habe, und wenn ich das richtig in Erinnerung habe, war es die Verbindung zwischen der inneren und äußeren Sicherheit, die wir damals besprochen und diskutiert haben, und zum Schluß habe ich gesagt, alles kann nur gehen unter der Voraussetzung von Gewaltverzicht. Daß wir nach so kurzer Zeit wieder beisammen sind und eigentlich das unser Hauptthema ist, zeigt, was wir im Landtag heute sehen. Betroffenheit, Berührtheit, und ich sage so, wie ich es meine, Gott sei Dank: Gemeinsamkeit!

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, die Selbstbestimmung der Völker, um das sehr eindeutig und gerafft zu sagen, ist nicht etwas, was nach Köpfen beurteilt werden kann und darf und auch nicht nach ökonomischen Kriterien. Es ist dies in der Folge der KSZE nach Helsinki ein unverrückbares Recht aller Völker, gleichgültig wie groß und wie stark sie sein mögen. Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, es gibt nicht nur keine Äquidistanz zu den demokratisch gewählten Republiken Slowenien und Kroatien und zur Zentralregierung, sondern es gibt eine deutliche Ablehnung der Aggression der Zentralregierung, zu der ich mir erlaube, dazuzusagen, der alte Geist der Breschnew-Doktrin ist dort tief verwurzelt, und insofern ist hier Panzerkommunismus und Panzernationalismus aufs tiefste verknüpft und ideologisch verflochten, wobei wir ja wissen, daß es diese Verflechtungen unseligerweise stets

gegeben hat in diesen Systemen. Unsere uneingeschränkte Sympathie und auch unsere moralische Unterstützung gelten eindeutig dem slowenischen Volk und dem kroatischen Volk. Es gibt aber natürlich einen schmalen Pfad, der den völkerrechtlichen Teil betrifft, durch den wir uns zu bewegen haben. Ich teile die Auffassung, daß wir völkerrechtliche Fragen und Haarspaltereien nicht betreiben sollten und auch nicht dürfen. Wir sollen aber sehen, daß es Länder gibt, die vor dieser Art der auch so gemeinten Selbstbestimmung durchaus Sorge haben und daher äußerst zögernd diesen Prozeß in Gang setzen werden. Ich bin davon überzeugt, daß dieser Prozeß zu dem Ende führt, das wir uns alle wünschen, nämlich zu diesem Selbstbestimmungsrecht. Aber es ist eine Realität, daß die Vereinigten Staaten von Amerika diese ihre Konstruktion, die eine vermeintliche Stabilitätskonstruktion darstellt, aufrechterhalten wollen oder daß sie zumindest bislang wollen. Es ist eine Tatsache, daß die Sowjetunion durchaus auch in einem gewissen internationalen Zusammenspiel mit den Vereinigten Staaten, und hilfesuchend bei den Vereinigten Staaten, sich vor solchen Prozessen fürchtet, denn es geht nicht nur um die baltischen Staaten, sondern es geht um den gesamten Südgürtel, wie wir wissen, um den muselmanischen Teil, und es geht natürlich wahrscheinlich genauso um die Ukraine und um andere Teile dieses Vielvölkerreiches, und ich möchte es auch dazusagen, bei aller Verantwortung, die uns zukommt, auch in Europa ist es so, daß die Staaten durchaus unterschiedliche Interessen haben, und manches Verhalten, auch der EG, kommt von dort her. Ich möchte sie nicht einzeln nennen, aber wenn ich sage, Frankreich hat auch seine Problemzonen, ich denke an Korsika, um ein Beispiel zu nennen. Italien hat seine, andere haben wieder andere, so ist das nur ein Erklärungsversuch, warum dort so große Zurückhaltung besteht, bedeutet aber für uns die Verpflichtung, uns noch mehr anzustrengen, darauf hinzuweisen, daß das nicht ausreichen kann, sich so zu verhalten. Ich meine also, daß wir durch unsere Stellungnahme, durch unsere Äußerungen, in der EG, letztendlich auch in den Vereinigten Staaten, so etwas wie eine historische Aufarbeitung eingeleitet haben, ja so etwas wie Geschichtsforschung, die mitunter verschüttet oder verlorengegangen zu sein scheint, wieder in Mode kommt und daß man sich unseren Vorstellungen weitestgehend annähern kann und am Ende in diesem völkerrechtlichen Prozeß das Produkt steht, das wir durchaus gemeinsam ersehnen.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, die Maßnahmen, die gesetzt wurden, sind zum Teil jedenfalls solche, die für unsere Begriffe zu langsam greifen, und wenn man sich vorstellt, was schon alles passiert ist, dann ist die Frage, wie rasch geht denn das alles endlich vor sich, berechtigt. Die zweite Stufe der KSZE-Maßnahmen, das Zusammentreten der „35“ heute in Wien und in der Folge in Prag, wird uns zeigen, ob dieser Mechanismus überhaupt funktioniert. Denn wir wissen, daß wir bislang keine Formel gefunden haben, tatsächlich hier Eingriffsmöglichkeiten über das Ökonomische hinaus zu finden oder gemeinsam überhaupt zu suchen. Trotzdem besteht eine Hoffnung, und die Hoffnung besteht auch darin, daß der bundesdeutsche Außenminister, dieser unglaublich erfahrene Langzeitminister Genscher, den Vorsitz dort übernimmt und

sich heute, wie wir wissen, nach Belgrad begibt, und Deutschland als die stärkste ökonomische Macht in Europa wird ein gewichtiges Wort auf diesem Prozeß mit auf den Weg geben, und wir sehen aus der Richtung, daß das dort hingeht, wo wir uns das auch wünschen, daß es endet. Und der EG-Boycott war sicherlich die erste und wichtigste gemeinsame Aktion, und sie ist die wirksamste, weil in Wirklichkeit dieses System, wenn man es so nennen kann, in Belgrad ja davon und damit lebt, daß sie gestützt werden, und wenn diese Stütze wegfällt, und die ökonomische Stütze ist eine entscheidende, dann wird es für die wohl auch um einiges schwerer, mit ihren Vorstellungen aus vergangenen bösen Tagen und Zeiten weiter durchzukommen.

Erlauben Sie mir noch ein paar Bemerkungen zu unseren eigenen Maßnahmen. Wir haben in den letzten Monaten verstärkt gespürt, wie schwierig die ökonomischen Verhältnisse in Slowenien und in Kroatien tatsächlich sind. Was dort alles aufbrechen wird an Problemen gerade auf diesem Sektor, und wir wissen, daß sehr oft die Politik ins Irrationale abgleitet, wenn ökonomische Schwierigkeiten dazukommen. Wir haben daher die Verpflichtung, wirtschaftlich zu helfen. Das wird sich nicht auf diese beiden Länder, diese beiden Republiken beschränken, sondern es wird in diesem Ost-West-Konzert, in dieser Völkerwanderung ein wesentlicher, wenn nicht der wesentlichste Punkt der Hilfestellung sein. Ich schließe mich an, wenn ich sage, wir werden auch teilen lernen müssen in einem viel erheblicheren Maß, als das bisher der Fall war. Daß wir allein das nicht schaffen, ist auch klar. Auch hier werden wir alle brauchen in Europa und natürlich auch die Vereinigten Staaten.

Was ist im weiteren zu sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren? Ich habe ein besonderes Naheverhältnis zum Bundesheer, wie das jeder in diesem Haus weiß. Wir brauchen eine neue Verteidigungsdoktrin, wir brauchen eine Veränderung und eine Anpassung unserer Verteidigungsstrukturen an dieses veränderte Bild in Europa, das uns ganz rasch Szenarien vorführt, von denen wir geglaubt haben, daß sie nicht mehr stattfinden. Vor allem der Nationalismus ist es, der uns dazu zwingt, diese neue Form der Verteidigungsdoktrin unter Verlassen der bisherigen neu aufzustellen. Es gilt aber noch etwas: Neben der reinen Verteidigungsdoktrin gibt es auch so etwas wie die Notwendigkeit der Formulierung einer Sicherheitsdoktrin insgesamt. Ich meine damit alle Fragen, die Gendarmerie, Polizei und Zollwache betreffen. Auch in diesem Bereich wird sich einiges ändern müssen, und viele Debatten, die wir gerade in der letzten Zeit geführt haben, werden anders aussehen, als sich das manche in Wien vorgestellt haben. Und die Unsensibilität auch unserer Zentralstellen in dieser Frage wird auch ein Ende haben angesichts dessen, wenn wir sehen, welchen Wert innere und damit auch äußere Sicherheit hat.

Dazu gehört auch – und es wurde schon gesagt – die Ausrüstung. So manches, was man sich vergegenwärtigt, entspricht nicht mehr dem, womit man heute etwa einen Soldaten ausrüstet, wenn es tatsächlich zum Ernstfall kommt. Ich stehe nicht an zu sagen, daß wir unser Bewaffnungsszenario grundlegend zu überdenken haben. Daß wir die Ausrüstung mit Fernlenk-

waffen des Types Boden-Luft, Boden-Boden durchaus wieder aufs Neue in Gang setzen sollen, die Debatte darüber in Gang setzen sollen und das auch international vertreten. Jeder, der ein bißchen etwas von militärischer Ausbildung versteht, weiß, daß es auch zur Verantwortung gehört, die Menschen, von denen man in Krisenfällen sehr viel verlangt, auch entsprechend auszurüsten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sicherheit ist ein öffentliches Gut, und es ist ein Gut, das man nicht beliebig hernehmen kann und wieder wegstellen kann, so wie es einem gerade paßt. Wir sehen, daß das etwas ist, was allgegenwärtig sein muß. Und ich bekenne mich in dem Zusammenhang zu diesem öffentlichen Gut Sicherheit, denn dieses öffentliche Gut Sicherheit bedeutet auch noch etwas. Der Staat der Zukunft, hohes Haus, ist nicht weniger wert als wir oder manche glauben. Der Staat der Zukunft beschränkt sich nicht darauf zu sagen, wir haben Marktwirtschaft, und das war es dann. Das ist nicht der Staat, den wir uns vorstellen. Einer dieser ganz wichtigen öffentlichen Güter – und jetzt im besonderen unsere Aufmerksamkeit erheischendes Gut – ist die öffentliche Sicherheit, aber es gibt viele andere auch. Ich stelle mit Freude fest, und auch hier mit Gemeinsamkeit, daß wir wissen, der Staat ist mehr als so manche meinen, und die Gemeinsamkeit geht in bestimmten Situationen jedenfalls über die individuelle Entfaltungsmöglichkeit, die auch nicht beliebig ausdehnbar ist. Die Freiheit, die wir genießen können, bedarf als Instrument auf der anderen Seite auch der Selbstbeschränkung. Auch das ist eine Erkenntnis dieser Tage. Und wir gehen mit Hoffnung in die unmittelbare Zukunft. Ich glaube aber auch nicht, daß wir schon alles überstanden haben, sondern ich hoffe es nur. Einen herzlichen Dank an alle steirischen Landsleute, einen herzlichen Dank an die Besonnenheit, die sich gezeigt hat. Einen herzlichen Dank an das Bundesheer, an Gendarmerie und Zoll, an alle, die mitgewirkt haben, auch an die Bediensteten des Landes, ein herzliches steirisches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 12.15 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

Abg. Dr. Maitz (12.16 Uhr): Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Landtages!

Bevor ich die Ehre habe, den von Ihnen allen gemeinsam eingebrachten Beschlußantrag zu verlesen, bitte ich Sie, mir noch Gelegenheit für eine Mitteilung zu geben, um die ich vom Verfassungsausschußobmann des slowenischen Parlaments gebeten wurde und für die in der vergangenen Nacht fünf Slowenen und Kroaten an der Grazer Universität intensiv gearbeitet haben. Es ging darum, uns und der Presse einen Originaltext der beiden Unabhängigkeitserklärungen der Republik Slowenien und der Republik Kroatien in deutscher Übersetzung zu übergeben. Unsere Freunde in Slowenien an der Universität und auch im Parlament möchten damit sicherstellen, daß tatsächlich der richtige Text im echten Wortlaut der Beschlußfassung in unseren Medien bekannt wird. Ich danke Ihnen für diese Möglichkeit und bitte die Vertre-

ter von Presse und Rundfunk, sich dieser Originale zu bedienen, die besorgte Slowenen und Kroaten in Graz zur Verfügung gestellt haben.

Verehrte Damen und Herren! Der gemeinsame Beschlußantrag zum heutigen Thema, den die Abgeordneten der Volkspartei, der Sozialistischen Partei, der Freiheitlichen Partei und der Grünen Abgeordnete gemeinsam unterschrieben haben, lautet wie folgt:

Die Steiermark fühlt sich mit Slowenien durch eine jahrhundertlange gemeinsame Geschichte und eine nach leidvollen historischen Erfahrungen besonders gepflegte gute, herzliche und freundschaftliche Nachbarschaft in besonderer Weise verbunden.

Der Steiermärkische Landtag, als die demokratische Vertretung der steirischen Bevölkerung, hat sich daher angesichts der dramatischen und ernsten Entwicklungen der letzten Tage zu einer Sondersitzung versammelt, um auf diese Weise ein sichtbares Zeichen der Solidarität und Verbundenheit mit unseren slowenischen Nachbarn zu setzen.

Der Steiermärkische Landtag unterstreicht nicht nur seine volle Solidarität mit dem mutigen slowenischen Volk, sondern er verurteilt mit aller Entschiedenheit und Schärfe den brutalen, blutigen und durch nichts zu rechtfertigenden Akt der Aggression des serbischen Panzerkommunismus und Nationalismus.

Der Steiermärkische Landtag ruft in dieser Stunde die gesamte demokratische Welt auf, Demokratie, Menschenrechte, Selbstbestimmung, friedliche Entwicklung und Stabilität bei unseren Nachbarn zu ermöglichen, zu fördern und zu sichern und durch entschlossene Solidarität in Worten und Taten den serbischen Panzerkommunismus und Nationalismus in die Schranken zu weisen.

Der Steiermärkische Landtag unterstützt daher alle steirischen und österreichischen Bemühungen, insbesondere auf Ebene auch der Bundes- und Landesregierung, und fordert deren intensive Fortsetzung für eine friedliche und demokratische Entwicklung.

Der Steiermärkische Landtag unterstreicht die Universalität und Untrennbarkeit der Werte von Selbstbestimmung, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.

Ein mutiges kleines Land im Herzen Mitteleuropas hat dasselbe moralische Recht auf Solidarität der freien Welt gegen einen Aggressor, wie ein kleines Land im mittleren Osten. Der Steiermärkische Landtag begrüßt alle Maßnahmen, die im Interesse der Sicherheit der steirischen Bevölkerung getroffen wurden, und fordert deren entschiedene Fortsetzung. Der Steiermärkische Landtag erwartet, daß insbesondere Bundes- und Landesregierung ihre Initiativen zur Gewährleistung des legitimen Sicherheitsbedürfnisses an der steirischen Grenze mit Verantwortungsbewußtsein, Sensibilität und Augenmaß fortsetzen. Der Steiermärkische Landtag dankt allen Landsleuten für ihre verantwortungsvolle, solidarische und besonnene Haltung. Der Steiermärkische Landtag, als das höchste demokratische Forum des Landes, steht auf der Seite seiner demokratischen Nachbarn und deklariert sein Ziel. Die Bundesregierung und die Staaten der internationalen Völkergemeinschaft werden aufgefordert, alle völkerrechtlichen Schritte zu unternehmen, um die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens anzuerkennen. Die

Bundesregierung und die Staaten der internationalen Völkergemeinschaft werden aufgefordert, alles zu unternehmen, um die unabhängigen, freien und demokratischen Republiken Slowenien und Kroatien in einem friedlichen und stabilen Europa zu ermöglichen, zu fördern und zu sichern. (Allgemeiner Beifall. – 12.19 Uhr.)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Trampusch, Mag. Rader und Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Trampusch, Mag. Rader und Dipl.-Ing. Dr. Korber die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich gemäß Paragraph 13 Absatz 3 des Landesverfassungsgesetzes 1960 vor, die außerordentliche Tagung zu schließen.

Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die diesem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Sollten es die Umstände erfordern, werde ich nochmals den Landtag zu einer außerordentlichen Tagung einberufen.

Die außerordentliche Tagung und die heutige Sondersitzung sind damit geschlossen. (12.22 Uhr.)